

Zurückgetreten worden – ist jeder schon mal, aber ...

Philipp Sonntag

(Grundsatzartikel für Band 4 der Buchserie „Zu Wahrheiten vereint“)

Wir Osis und Wesis sind immer noch nicht „zu Wahrheiten vereint“. Bei Osis hat es mit einer breiten Erbitterung über Willkür, über Frustrationen zu tun, umfangreich vor der Wende, in anderen Formen danach. Wesis sind mit Willkür und Frustrationen gleichermaßen vielfältig vertraut. Eine Fülle von Beobachtungen in DDR und BRD kann im Folgenden zeigen: Typische Merkmale von „Unrechtsstaat“ finden wir reichlich in Ost wie West, von früher bis jetzt. Es gibt zwar deutliche Unterschiede und man kann sie unterschiedlich bewerten, aber es ist unsinnig, den einen Staat pauschal als Rechtsstaat zu bezeichnen und den anderen als Unrechtsstaat. Stattdessen wäre das Gemeinsame, das Verbindende in den Vordergrund zu stellen, nämlich die Erfahrung, dass die erlittene Willkür in aller Regel erkennbar ist und vermeidbar wäre.

Willkür in der Arbeitswelt

Das Gefühl der Frustrierten ist bitter, quasi so als sei man „zurückgetreten worden“. Das klingt hart. Die Formulierung geschieht in Anlehnung an die Arbeitswelt. Wer auf hohem Niveau seinen Job verliert, etwa als hoher Beamter oder Manager – der kann zumeist vornehm und mit großzügiger Abfindung sagen:

„Ich bin zurückgetreten.“

Die meisten werden es keineswegs so vornehm und gesittet ausdrücken. Wer nämlich grob entlassen oder sonst wie krass übergangen wird, reagiert mit Wut und Scham. Er fühlt sich aggressiv als Wutbürger, oder depressiv in stiller, einsamer, ohnmächtiger Resignation. Er fühlt sich genau so:

„Ich bin zurückgetreten worden“.

Nur, er würde diese Peinlichkeit nie mit diesen Worten hinausposaunen. Er würde sie eher verbergen, obwohl es sich eigentlich nicht um seine eigene, sondern um eine gesellschaftliche Peinlichkeit handelt, in Ost wie West. So könnten halbwegs wohlhabende Staaten leicht (!) eine Priorität setzen, um jegliche Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden. In der Arbeitswelt ist „Ich bin zurückgetreten worden“ ein Indiz für einen möglichen Unrechtsstaat, weil da

- entweder ein hilfloser Arbeitnehmer grob in die Arbeitslosigkeit entlassen wird
- oder ein Besserverdiener ungerecht hohe Abfindungen erhält.

Wenn „ein hohes Tier“ einen schweren Fehler macht, dann kann es in etlichen Fällen förmlich erklären: „Ich übernehme die Verantwortung.“ Es geschah historisch, nachdem ein General eine Schlacht verloren hat. Es geschieht aktuell, nachdem ein hoher Beamter, Banker oder Versicherungsmanager Milliardenverluste verursacht hat. „Die Verantwortung“ besteht darin, dass er eine Frühpension, hohe Abfindungen und Bonis kassiert – für nichts, für keinen Beitrag zur Gesellschaft, oder sogar trotz Schädigung der Gesellschaft. Die Medien berichten freundlich über seine Tragik, wie genervt und beleidigt er ist. Sie berichten genüsslich, wenn es wie bei DSK (Dominique Strauss-Kahn) noch mit Sex und Gewalt verbunden sein kann und die Gefängniszelle durch die Luxus-Suite eines Hotels ersetzt wird.

Das andere Extrem zeigte sich bei der juristisch abgesicherten, viele Existenzen vernichtenden Vorgehensweise nach der Wende im Osten. Mit die krasseste Erbitterung haben dort jene Jobverluste und Firmenpleiten ausgelöst, die als willkürlich und unfair empfunden wurden, Beispiel: Nach den ersten Aktionen der Treuhand gehörten etwa 85% des Firmeneigentums den Wessis, 10% den Ausländern und nur 5% den Osis. Beamte aus dem Westen wurden mit hoher Beförderung belohnt, wenn sie im Osten die Umstrukturierung vorantrieben. An den Hochschulen, in Botschaften der DDR usw. wurden verdiente Fachleute leichtfertig mit Ideologieverdacht entlassen.

Unsensibel war die oft juristisch rigide Beseitigung von DDR Strukturen durch plötzliche Gültigkeit von West-Regulationen und West-Gremien in den Neuen Bundesländern. Es war bei den Beitrittsverträgen (anstatt Wiedervereinigungsverträgen) nicht fair verhandelt worden.

Soziologie mit Kafka

In Band 4 wird eine Fülle von gesellschaftlichen Phänomenen ausdrücklich unter „Zurückgetreten werden“ zusammengefasst. Das soll der gemeinsamen Betroffenheit von Osis und Wessis einen konstruktiven Raum geben. Es gelingt authentisch mit Zeitzeugen aus verschiedenen Erfahrungsbereichen, denen allerlei Absurdes aufgefallen ist.

Die wissenschaftlich übliche „Soziologie ohne Kafka“ bedient Erwartungen. Sie ist professionell, blendet aber eine ganze Landschaft blinder Flecke aus. Ziel von „Zu Wahrheiten vereint“ ist daher eine Ergänzung durch eine „Soziologie mit Kafka“. Nur mit Kafka werden die Absurditäten der Gesellschaft wahrgenommen. Ohne Kafka entwickelt die Wissenschaft keinen umfassenden Blick für die dramatisch guten wie auch schlechten Erlebnisse der Betroffenen.

Im vorseilenden Vergnügen an einer zukünftigen „Soziologie mit Kafka“ können Osis und Wessis sich aus ihren Streitigkeiten befreien. Voraussetzung ist, das Alltägliche, die thematisch breite Präsenz der Absurditäten im tatsächlichen Umfang zu erkennen. In diesem Artikel möchte ich deshalb die Breite der Absurditäten verdeutlichen. Um dabei die Fülle der Belege nicht ausufern zu lassen, habe ich meine eigene Zitierweise erfunden¹.

Deutungshoheit

Bei der Interpretation von Willkür in Ost und West überwiegt eine kritische Haltung gegenüber der DDR. Dies war schon deshalb unvermeidlich, weil systematisch Kalte Krieger und Mitläufer im Osten von vielen hohen Posten entfernt wurden, und teils durch ihre Spiegelbilder aus dem Westen ersetzt. Fördermittel wurden in der Tendenz eher DDR-kritisch vergeben. Eine Verschiebung der „wissenschaftlichen“ Deutung war so unvermeidlich. Der Westen hatte sich bei der Wiedervereinigung die juristische Macht gesichert, über alle Finanzquellen und somit über alle Jobs zu entscheiden. Um jemand im Osten zu kündigen wurde schematisch eine ideologische Deutungshoheit ausgeübt, d. h. es genügte oft, jemand als SED nahe oder mit der Stasi verbunden zu verdächtigen, pauschal geschah dies bei den hohen Posten.

In der Buchserie „Zu Wahrheiten vereint“ kann es für richtig oder falsch keine systematischen Beweise geben, aber immerhin ein Mosaik aus Einzelaufnahmen durch

¹ Hinweis zur Zitierweise: Quellen werden genannt, Informationen aus Quellen eingerückt wiedergegeben. Soweit ich dabei mal ganze Sätze wörtlich zitiere, setze ich diese in „Anführungszeichen“. Ansonsten verwende ich meine seit Jahrzehnten pragmatische Zitierweise, bei der ich weitverzweigte Inhalte einer genannten Quelle kurz zusammenfasse. Sportliche Plagiatjäger mögen dabei abgekupferte Satzketten finden, es sei ihnen gegönnt.

eine Reihe von Zeitzeugen. Die Zeitzeugen können, sollen und wollen die unzulässig vereinfachende, systematisch verfälschende Deutungshoheit relativieren.

Gäbe es einen deutschen Staat, den man pauschal als Rechtsstaat bezeichnen könnte, so würde es dort keine Deutungshoheit geben. Man hätte entweder niemand verteufelt, oder gleichermaßen und ausgewogen die Übeltäter in Ost und West. Das wären die Kalten Krieger auf beiden Seiten, die Fundamentalisten, die „150-Prozentigen“ Ideologen, die missionarischen Scharfmacher. Wenn man solche effektiven Feinde der Gesellschaft ehrlich sucht, findet man sie immer auf beiden Seiten. Dies wurde versäumt.

Was es gibt, sind verbale Erklärungen zum Faschismus ohne Folgen, was versäumt wurde und wird sind Aktionen. Zu den Morden durch Anders Behring Breivik Juli 2011 in Norwegen gibt es eine Debatte, wo die Ursachen sein könnten. Es führt wie gewohnt nur vorübergehend zur Frage des Verbots faschistischer und faschistoider Organisationen. In Deutschland sollte das eindeutig sein: Wer sich in die Tradition von Nazis stellt und laufend aus Überzeugung Morde begeht und/oder verursacht, gehört verboten. In der DDR ist das ohne wenn und aber geschehen, die „Deutungshoheit“ des Westens muss spitzfindig werden, um vereinzelt Gegenbeispiele zu finden. In der BRD werden Aufrufe zu Verbrechen als „Meinung“ geschützt, wenn sie von Neonazis einigermaßen geschickt vorgebracht werden. Die Polizei wendet sich gegen jene, die gegen Nazis protestieren, das sind teils Überlebende des Holocaust, die dies als besonders schmerzhaft empfinden. V-Männer in NPD usw. berichten (und/oder produzieren sogar) wie alle Geheimdienste, was die Auftraggeber erwarten.

Wäre so ein Skandal richtig, dann müsste man jegliche noch so kriminelle Meinung rein schematisch schützen. Aber dann müsste man die Stasi mitsamt allen Folgeschäden gleichermaßen schützen. Die Absichten gehen jedoch in die entgegengesetzte Richtung, Geheimdienste und Kalte Krieger sind die besten, wenn es darum geht ideologisch spiegelbildliche Geheimdienste und kalte Krieger bloßzustellen. Typisch für die begleitende bürgerliche Reaktion sind willkürliche Forderungen, etwa beim Umgang mit der Stasi müsste man der Hälfte statt „nur“ einem Drittel der „Stasi-Täter“ den Job in Brandenburg verwehren, also so vorgehen wie in anderen Neuen Bundesländern. Das forderten einige Wessis, ohne sich zu schämen, obwohl bei denen weitaus höhere Zahlen von ehemaligen Nazis ihren Job behielten. Bei der Stasi ging es um weitaus geringere Verbrechen als bei den Nazis. Der frühere Ministerpräsident Manfred Stolpe von Brandenburg hat die Verhältnismäßigkeit betont, er sagte auf eine Frage „zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“²:

„Wir haben Rache nicht als vorrangige Aufgabe angesehen. Unser Ansatz war: Es muss alles auf den Tisch. Wahrheit muss da sein, Verschweigen und Versteck spielen sind nicht akzeptabel. Aber wo klar ist, dass Menschen sich nicht strafbar gemacht haben, ehrlich sind, sich für den Aufbau engagieren wollen, sollte man eine zweite Chance geben. Aber man sollte sehr differenziert hinschauen, auf den Einzelnen, keine Pauschalurteile fällen und keine alleinige Zuspitzung auf die Stasi machen. Das hatte mit den DDR-Verhältnissen wenig zu tun.“

Es gab erbitterte Auseinandersetzungen, nicht zuletzt, weil eben einseitig nur die wenigen realen und vielen vermuteten Kalten Krieger im Osten gesucht und angeklagt wurden. Das bewirkt eine pauschale Abwehr im Osten, die im Westen nur schwer verstanden wird.

Es taugt für Fernsehstücke, welche die Mauertoten und die Familientrennungen emotional realistisch darstellen, Musterbeispiel der Film „Der Mauerschütze“. Kalter Krieger muss sich aber nennen lassen, wer sich nicht die Mühe macht, wenigstens irgendwie auf die Fragen zu antworten,

² Interview mit Manfred Stolpe: „Für uns hatte Rache keinen Vorrang“. In: Tagesspiegel 16. 5. 2011, S. 13

- wie damals der höchst willkommene Beitrag der Mauer gegen die enorme Gefahr des Atomkrieges anderweitig möglich wäre
- was und wie die DDR denn gegen die Massenflucht, insbesondere gegen den Verlust frisch diplomierter Experten, gegen die Abwerbung aus dem Westen usw. hätte tun sollen.

Diese Fragen haben Vorrang. Es ist trotzdem keineswegs verkehrt, sondern unverzichtbar, die mit der Mauer verbundenen Leiden realistisch zu sehen, bei all die Menschen, denen die Mauer jahrzehntelang die Freiheit geraubt, die Familie genommen oder gar das Leben gekostet hat. Allerdings so zu tun, als gäbe es nur diese Fragen, führt zu falschen Schlüssen.

Die DDR hatte damals weitaus mehr Wiedergutmachung für die Sowjetunion geleistet, als die BRD. Kalter Krieg ist unter anderem, wenn aus dem Westen Abwerbung von Fachleuten betrieben wurde, dann jedoch die Mauer pauschal verurteilt. Insgesamt sind im deutschen Bereich aber die Schäden in diesem Zusammenhang gering gegenüber den Verbrechen der Nazis und äußerst gering gegenüber potenziellen Schäden wie bei Atomkrieg und bestimmten Klimakatastrophen.

Rechtsstaat kann nicht sein, was für den Staat existenzgefährdende Bedrohungen provoziert. Bei der Beurteilung von DDR und BRD müssen daher solche Gefährdungen durch Kalte Krieger im Vordergrund stehen.

Umgang mit existenzieller Bedrohung ist der wichtigste Maßstab

Entscheidend im Atomzeitalter ist aber die Verhütung künftiger Katastrophen, vor allem des Atomkrieges. Im Kalten Krieg war das Wettrüsten vorübergehend außer Kontrolle geraten und die Eskalationsgefahr hoch. Wäre es zum Atomkrieg gekommen, so würden die damaligen Kalten Krieger beider Seiten heute als die eigentlichen Verbrecher gesehen. Es beträfe Schäden, welche das Unheil durch die Stasi mitsamt den Mauertoten um eine Größenordnung übertreffen würde. Jede Komplettgefährdung des eigenen Staates ist per se ein Musterbeispiel für Unrechtsstaat. Wenn man bei BRD und DDR das Ausmaß von Rechtsstaat und Unrechtsstaat unterscheiden will, muss man also die Rolle der Kalten Krieger im Kalten Krieg untersuchen.

Im Kalten Krieg wurde der Atomkrieg von Kalten Kriegern in USA und Sowjetunion provoziert und bis zur Rüstungsbegrenzung in höchst eskalationsgefährlicher Form vorbereitet. Bei den Bündnispartnern DDR und BRD gab es unnötige Unterstützung durch eigene Kalte Krieger. Es ging um weitaus größere Gefahren als bei jeglichen Aktionen der Stasi.

Zur Unterscheidung: Trotz Abwesenheit existenzieller Gefahren für die Gesellschaft insgesamt bleibt die Stasi ein dramatisches Beispiel für einen wuchernden Geheimdienst, der dem eigenen Staat schließlich weit mehr schadet als nützt. Was wir daraus für die BRD lernen sollten, ist allerdings nicht eine irre aufwendige Aufarbeitung der Stasi bis hin zum Zusammenkleben von Schredderfetzen, sondern vielmehr eine Beachtung von Bürgerrechten wie im Datenschutz, ebenso eine Vermeidung des Wucherns von Geheimdiensten wie etwa dem BND. Es gab flagrante Verletzungen von Rechtsstaatlichkeit, wie: Die Stasi konnte ohne Polizei, ohne öffentliche Gerichtsverfahren und Staatsanwälte ihre Opfer in Gefängnisse stecken, nach den (wenigen) Hinrichtungen wurden „letzte Briefe“ der Opfer nicht (wie versprochen) an die Angehörigen ausgehändigt

– typisch deutsch wurden sie allerdings bürokratisch aufbewahrt und so nach der Wende entdeckt³.

Was die existenziellen Gefahren betrifft: Deutsche beider Seiten waren nur Gehilfen für die eigentlichen Kalten Krieger in USA und Sowjetunion, beide Seiten machten gleichermaßen pflichtschuldigt mit. Soweit man im Kontext der NATO mehr Rechtsstaat vermutet, als im Warschauer Pakt, muss man an die BRD einen höheren Anspruch stellen, als an die DDR.

Im Zuge der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) wurde es im Ostblock ab Mitte der 70er Jahre zunehmend möglich, eigene Interessen einzubringen. Anfang der 80er war ich im Zukunftsinstitut in Wroclaw/Polen und wurde gefragt, wieso Deutschland (BRD) es zulassen würde, dass auf ihrem Gebiet amerikanische taktische Atomwaffen zum Einsatz in Polen bereit gehalten würden. Ich konnte antworten, dass durch die Göttinger 18 Atomphysiker (die sich 1957 geweigert hatten, Atomwaffen herzustellen), eine Kriegsfolgenstudie⁴ ausgearbeitet worden war, in der die Gefahren einer „Zerstörung durch Verteidigung“ klar dargestellt sind. An den Pugwash Konferenzen zur Rüstungsbegrenzung im Rahmen einer Überwindung des Kalten Krieges waren Wissenschaftler aus DDR und BRD gleichermaßen fachkundig, engagiert und zielführend beteiligt.

In der Regel aber machten Regierungen den Kalten Krieg noch lange einfach mit, man ignorierte die Gefahr. Man machte in DDR und BRD unrealistische Zivilschutzvorkehrungen. Man vermied das Thema, ein Beispiel: Mitte der 70er Jahre hielt ich in Baden-Württemberg vor 50 Förstern einen Vortrag über Katastrophenschutz. Die französischen Pluton Atomwaffen waren zur Verteidigung Frankreichs mit Einsatz genau auf dem Gebiet von Baden-Württemberg vorgesehen. Niemals hatte auch nur ein einziger der Förster davon gehört, geschweige denn sich auf Schutzmaßnahmen vorbereitet – ebenso wenig hatte eine Regierung der BRD auch nur versucht, im Rahmen der NATO ein Mitspracherecht zu erhalten, um möglicherweise den Schaden begrenzen zu können.

Es war weder zu erwarten, noch vorauszusehen, dass trotz der vielen Kalten Krieger in Ost und West schließlich eine Rüstungskontrolle gelingen würde. Aber sogar Ideologen konnten letztlich das gemeinsame Interesse erkennen und pragmatisch anstreben. Objektiv reale Gefahren konnten rational beseitigt werden. Weit schwerer wird eine Überwindung der ideologischen Willkür, gleichermaßen und ausgewogen in Ost und West.

Jeder prüfe den Kalten Krieger in sich

„Lieber eine Mauer als ein Krieg, sagte Kennedy intern.“, dies Zitat steht in einem aktuellen Artikel⁵, in dem trotzdem (!) behauptet wird: „Es gibt aber nichts, was heute noch die brutale Absperrung rechtfertigen oder sogar gutheißen könnte und keinen vernünftigen Grund, das heute zu tun.“ Damit meint der Autor nicht etwa, dass eine Mauer heute falsch wäre, sondern damals, und er empört sich, dass über ein Drittel der Berliner jetzt meinen, die Mauer sei damals richtig oder teilweise richtig gewesen. Hätte dieser Autor einen Atomkrieg überlebt, oder auch nur mal an einer der Konferenzen in Hiroshima über Langzeitschäden der Atombombe teilgenommen, so würde er vermutlich über eine Mauer mit all deren überschaubaren Folgeschäden völlig anders denken.

Wünschenswert wäre die Überwindung der Schäden, welche durch real existierenden Kommunismus und Kapitalismus nach wie vor geschehen. Es erfordert eine „Soziale Marktwirtschaft“ welche diese Bezeichnung verdient. Wie das gelingen kann und soll, ist

³ Fernsehbericht über Stasi am 2. 8. 2011, 22:15 h, auf N24

⁴ Carl-Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.): „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung. Hanser München, 1971

⁵ Gerd Nowakowski: Das Erbe der Teilung – Über die Mauer. In: Tagesspiegel 7. 8. 2011, S. 1

nur in Umrissen vermutbar und nach der Wende fielen die zahlreichen Unsicherheiten auf, etwa bei der Übernahme von Soldaten. Insgesamt gab es objektiv eine beeindruckende Verbesserung des materiellen Lebensstandards im Osten – jedoch keineswegs für jeden. Für die Ärmsten hat sich die Gestaltungsmöglichkeit im eigenen Leben stark verschlechtert. Die Kluft zwischen arm und reich wird größer. Höherer Konsum, soweit im Einzelfall überhaupt realisiert, tröstet nur bedingt, wenn subjektiv existenzieller Frust im Vordergrund steht, insbesondere durch eine im Osten ungewohnte Arbeitslosigkeit.

Im Kontext der Buchreihe „Zu Wahrheiten vereint“ insgesamt geht es um Sehnsucht nach Gerechtigkeit. Eine Variante ist die Wehmut nach missglückten sozialistischen Visionen einer gerechten Welt. Das führt zu Streit, weil im Osten über die Jahrzehnte etliche Idealisten positive Utopien visionär und ernsthaft angestrebt hatten. Andere im Osten hatten solche Ziele bisher kaum bis gar nicht verfolgt. Von daher ist die Situation durchaus vergleichbar mit teils starken, teils schwachen sozialen Engagements im Westen.

Wieso die Erbitterung? Weil wir im Stress sind. Weil wir eigene Schwächen eher in anderen vermuten. Weil es in uns brodelt – wie in einer Kernschmelze. Es käme darauf an, Visionen und Realitäten in gemeinsam Ost wie West möglichst nüchtern zu betrachten. Leider hat die penetrante Deutungshoheit eine Tendenz, sich zu verfestigen, sich in Geschichts- und Schulbüchern festzusetzen – wobei aus Schulen berichtet wird, dass Lehrstoff von Jüngeren keinesfalls einfach so als gegeben hingenommen wird.

Legale Ziele, illegitime Methoden

Bei aller Eleganz und historischen Bewährtheit der Gewaltenteilung nach Montesquieu: Sie gelingt kaum je vorbildlich. Ein Elend vieler Gesellschaftsformen ist immer wieder, dass sie sich an die eigenen Regeln nicht ehrlich und systematisch halten. So in DDR und BRD vor der Wende, ebenso die Machthaber nach der Wende! Die Arten der Regelverletzung sind je nach Gesellschaft verschieden, man muss also ein breites Spektrum untersuchen und schauen, was für Vorgehensweisen, was für Verstöße je für bestimmte Gesellschaften typisch sind.

Es ist ein penetrantes Merkmal des so genannten „Rechtsstaates“, dass zwar jeder frei ist, auf beliebige und krasse Missstände hinzuweisen, sei es bei Lobby, Privatisierung von Infrastruktur oder sonst wie – nur – es geschieht wenig oder nichts zur Behebung. Eine Ausnahme kann geschehen, soweit „die Etablierten“ dran verdienen können. Eine weitere Ausnahme ist, wenn für bereits etablierte Normen der Gültigkeitsbereich erweitert wird. Weil viele Gesetze der BRD plötzlich im Osten angewandt wurden, gab es willkommene Aufträge an die Bauwirtschaft usw. und es entstand „unweigerlich“ eine sprunghafte Verbesserung in wesentlichen Bereichen; ein Musterbeispiel ist der Umweltschutz.

Ganz anders lief es in anderen Bereichen. Nicht im Westen mit seinem erklärten Rechtsstaat, sondern im Osten waren die Privilegien der Funktionäre in Form des Beamtentums abgeschafft worden – und wurden nach der Wende prompt wieder eingeführt, mit sehr hohen Kosten – politisch geschickt im gewaltigen Transfer von West Beamten nach Ost versteckt. Der Westen hatte sich bei der Wiedervereinigung die juristische Macht gesichert, über alle Finanzquellen und somit über alle Jobs zu entscheiden. Dies wurde sofort mit ideologischer Deutungshoheit verbunden und breit wirksam, d. h. oft genügte der Verdacht jemand stehe der SED nahe, um ihn zu kündigen.

Mit der neuen Deutungshoheit konnten Wessis sich Privilegien mit hohen neuen Posten im Osten verschaffen und mit Beamtentum absichern. Das Ausmaß dieses legalen und illegitimen Missbrauches wird in der Forschung kaum untersucht und daher wohl niemals zu ermitteln sein, zumindest solange die Deutungshoheit bestehen bleibt.

Deutungshoheit besagt, dass juristisch abgesicherte Macht ausgeübt werden kann und wird. Bei neuen Professuren, neuen höherrangigen Besetzungen von Ämtern mit Wessis gibt es eine Fülle Beispielen, das muss nicht in jedem Fall schlecht sein, hat aber unweigerlich eine Tendenz in Richtung Unrechtsstaat. Aber wenn schon eine juristisch abgesicherte Willkür den Rechtsstaat begründet, dann sollte es in der Diskussion wenigstens als peinlich empfunden und bezeichnet werden können.

Peter Ensikat bringt die Ossi Erfahrungen auf den Punkt⁶:

„Dass alle wichtigen kulturellen und wissenschaftlichen „Leuchttürme“ in Ostberlin gleich nach jener Wende selbstverständlich von Westdeutschen besetzt wurden – egal, ob es sich um die Humboldt-Universität, die Charité, die wichtigsten Museen der Stadt oder die Staatsoper handelte –, das war nie Gegenstand öffentlicher Diskussion. Das wurde allenfalls in den von Abwicklung betroffenen ostdeutschen Akademiker- oder Künstlerhaushalten beklagt. Wehren konnte sich keiner, und ein Thema für die Medien war das schon gar nicht. Denn in den vielen, vielen Chefredaktionen von Presse, Funk und Fernsehen passierte genau dasselbe ...“

und

„Im Osten ist eine ganze Elite abgewickelt worden, um Platz zu schaffen für Leute, die ihren Vorgängern allzu oft nur eine Qualität voraus hatten – sie kamen aus dem Westen. Das verlief ohne viel Aufhebens. Bei den Diplomaten, die ja auch nicht alle nur dumme Betonköpfe waren, wurde nach Qualifikation gar nicht erst gefragt. Sie hatten dem falschen System gedient. Tausende Akademiker, nicht etwa nur in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, wo noch eine gewisse politische Logik zu erkennen gewesen wäre, wurden abgewickelt. Dazu gehörten auch Bauchchirurgen und Röntgenärzte, die die Unmenschlichkeit besessen hatten, DDR-Spitzenfunktionäre behandelt zu haben, als wären sie normale Kranke. Sie wurden wegen Staatsnähe aus dem Operationssaal entfernt. Das alles fand praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Für die Medien wurde so ein Fall nur interessant, wenn ein Stasiverdacht so eine Ablösung zwangsläufig erscheinen ließ.“

Rigoros war auch die Vorgehensweise der Treuhand im Osten. Fachkundig hat der Autor Klaus Schroeder⁷ auf eine Fülle von Bereicherungen sowohl von Wessis wie auch von Ossis hingewiesen. Dabei hat er aber nicht erwähnt, dass es im Kern, scheinbar selbstverständlich, eine kapitalistische Vorgehensweise war, die „vorsätzlich fahrlässig“ ausgerechnet „im Rechtsstaat“ begründet und verankert wird. So lassen die Nutznießer Unrecht und Bereicherung geradezu spitzbübisch als „rechtens“ erscheinen. Die Gewichtung lässt Klaus Schroeder überdies so wirken, als hätten Seilschaften der Ossis als Mitarbeiter der Treuhand noch dazu viel (nicht nur im Einzelfall) verdorben – kein Wunder, dass all dies auf viele Ossis als abgrundtief perfide wirkt.

Der „objektive“ Sachverhalt, dass der Verkauf der Unternehmen aus der DDR durch die Treuhand weitaus weniger eingebracht hat, als vermutet, wird mit krasser Rückständigkeit der DDR begründet, hingegen wird die vorsätzlich kapitalistische Verschleuderung vertuscht.

⁶ Ensikat, Peter: Das Schöne am Gedächtnis sind die Lücken. Blessing Verlag, (2005), S. 210 f

⁷ Klaus Schroeder: Das Neue Deutschland. Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört. wjs Verlag, Berlin 2010; zur Treuhand Seite 140-142

Ist Willkür in der Gesellschaft normal?

Eine gewisse Härte im Fußball wird erwartet, vom Verteidiger, vom Stürmer, von allen. Sonst fehlt etwas. Gehört ähnlich im Kapitalismus das Treten und Zurücktreten einfach zum Wettbewerb? Im Prinzip ja, aber wo liegen die Grenzen? (Schieds-)Richter prägen das Verhalten bis hin zum Ausmaß der versteckten Fouls. Es gibt eine Fülle von Regeln, vom Strafgesetzbuch bis zum Knigge – aber das Gewohnheitsrecht kann sich von Partie zu Partie stark wandeln.

Das Ausmaß einer gerechten Anwendung bestimmt die Güte des Rechtsstaates, bzw. die Skandale des Unrechtsstaates. Das breite Nebeneinander von Indizien für ausdrücklich beide „Staatsformen“ ist kennzeichnend in Ost- wie in Westdeutschland. Einseitige Verhaltensweisen und Anklagen sind im Ansatz absurd, sie passen zu Hooligans und Kalten Kriegern. Die Verhaltenskultur bei Recht und Unrecht ist in Ost und West durchaus ähnlich in der Bandbreite von tolerant bis rechthaberisch.

Da gab und gibt es im Westen wie im Osten und global bei Behörden all das, was man als „Bürokratie“ beklagt. Beispiel Obdachlose: Bei ihnen haben einige Krankenhäuser einen schlechten Ruf, weil sie trotz vorhandenem Kassenausweis in vielen Fällen Obdachlose abweisen, ähnlich Behörden⁸:

„Satt werden die Obdachlosen. Dafür höre ich immer wieder, dass es Probleme mit den Behörden gibt, wenn es darum geht, Hilfeleistungen zu beantragen. Es scheint für die Obdachlosen und auch für die Sozialarbeiter furchtbar schwierig zu sein, herauszufinden, welches Amt in welcher Situation für welchen Obdachlosen zuständig ist. Da wird der Ratsuchende zum Spielball zwischen den Institutionen, wird von A nach B und wieder zurück geschickt. Irgendwann ist er nur noch frustriert und viele Sozialarbeiter stoßen auch an ihre Grenzen bei dem Versuch, die Probleme zu klären. Mich macht das richtig ärgerlich. Wenn solche Schwierigkeiten in einem Unternehmen auftauchten, würde man schleunigst etwas dagegen tun.“

Letzteres kann zutreffen, sobald es um kostensparende Effektivität innerhalb eines Unternehmens geht. Beim Umgang mit Kunden zeigt sich, wie lebendig eine Firma – oder eine Gesellschaft für ihre von Leid Betroffenen kämpft. Es zeigt sich, wie stark Rechtsstaatlichkeit durch Anstand, Rechtsempfinden und Mut geprägt wird. Etliche Beispiele der Schikanierung von eigenen Mitarbeitern gab es bei den Billiganbietern. Als dies jedoch in den Medien berichtet wurde, gab es Umsatzrückgänge bei den „Sündern“⁹:

„Negative Schlagzeilen sind für Ketten geschäftsschädigend“, sagte dazu Margret Mönig-Raane/Verdi. Beispiel Schlecker, mit gezielter Willkür frustriert von einer Millionen Kunden Anfang 2010, die den Billiganbieter boykottierten, nachdem es Berichte über Schikanen gegen Mitarbeiter gab und Teile der Stammbeslegschaft durch schlechter gestellte Mitarbeiter einer Leiharbeitsfirma ersetzt wurden. Wenige Monate später führte Das Management von Schlecker öffentlichkeitswirksam eine Reihe von Verbesserungen ein, so einen Einzelhandelstarif für die 34.000 Beschäftigten. Ähnlich die Kleiderkette Kik, welche einen Mindestlohn von 7,50 als Basislohn einführte und auch ihre Lieferanten besser kontrollieren will, nach Kritik an den katastrophalen Arbeitsbedingungen ihre Näherinnen in Bangladesch.

All dies kann grundlegende Missstände und momentane Auswüchse bei den Arbeitsbedingungen nur teilweise korrigieren, laufende Aufmerksamkeit wird wichtig

⁸ Inge Kutter: Manager trifft Obdachlose. In: DIE ZEIT 26. Mai 2011, S. 71

⁹ Thomas Öchsner und Stefan Weber: Die wundersame Wandlung der Bösewichte. Schlecker, Kik und andere Billiganbieter – keiner kann es sich mehr leisten, als schlechter Arbeitgeber am Pranger zu stehen. In: SZ 26. Mai 2011, S. 19

bleiben. Dabei kann man davon ausgehen, dass die Skrupellosigkeit des Managements sich ganz offen bei den Verbänden zeigt. Ein kompletter Ruin der Ökologie ist die krasseste Form von Willkür bei einer ganzen Gesellschaft – die sich nicht als selbst zerstörerisch empfindet, aber ins Risiko einer weitgehenden Selbstzerstörung geht.

Zu erwarten ist, dass es in oder nach einer Klimakatastrophe keiner gewesen sein will, obwohl bezeichnend ist, dass der Schaden jetzt vorher ganz unbefangen angekündigt wird, etwa durch den Generalsekretär Jack Short des ITF (Internationales Transportforum)¹⁰:

Die klimaschädlichen CO₂ Emissionen werden weiter steigen, denn bis 2050 werde sich der Passagierverkehr im Vergleich zu 2000 verdrei- bis vervierfachen, der Güterverkehr um das Zweieinhalb- bis Dreifache wachsen.

Der Verkehr ex cathedra, der Markt als Naturgesetz, so klingt es, macht es selbst. Leider erheben weder unsere Politiker, noch wir selbst einen demokratisch oder sonst wie wirksamen Einspruch. Resignierende Willkür wird zur Gewohnheit. Sie hat sich längst als eine Art trüges Gewohnheitsrecht breit gemacht.

Unrechtsstaat mit Kafka

Gerade die krassesten Formen von Willkür bleiben öffentlich weitgehend unbemerkt und folgenlos. Sie werden als Gewohnheitsrecht etabliert. Das Gewohnheitsrecht wird juristisch abgesichert, soweit der Aufwand dafür überhaupt erforderlich ist.

In der Pharmabranche ist das Risiko systematisch schädigender Geschäftspraktiken praktisch null. Bestenfalls könnten Politik und Ämter eine mühsame, schleppende Kompromissbereitschaft der Produzenten bewirken, so bei Avandia¹¹:

Zehn Jahre lang wurde Avandia als Wundermittel gegen Diabetes verkauft. Verdienst für Hersteller GSK (Glaxo SmithKline) bis zu 3 Milliarden Euro jährlich. Die EMA (Europäische Arzneimittelbehörde) hat jetzt die Zulassung zurückgezogen, weil das Arzneimittel Herzinfarkte verursacht (anstatt sie zu verhindern). Das Unternehmen hatte alle bekannten Register der Verschleierung gezogen, nur durch einen Zufall kamen die deutlichen Befunde ans Tageslicht. Nun dauert es noch drei Jahre, bis das Medikament vom Markt kommt.

Laufend wurde das Medikament von satt bestochenen Professoren auf Tagungen angepriesen. Ähnlich: Wenn alle in der Ortschaft 80 km/h statt 50 fahren, fühlen sich alle miteinander wohl – alle? Nicht das Kind, das überfahren wird. Kafkaesk käme es uns vor, wenn die Mehrzahl der Fußgänger überfahren würde. Ganz anders in der Medizin, dort erreichen manche Medikamente locker Massenschäden, denn es geht um Verkauf als Gewohnheitsrecht. Kaum jemals wird einer von den Produzenten, Verbänden, Apothekern usw. zur Verantwortung gezogen. Genau diese Gemeinsamkeit lässt das Gewissen im Koma und festigt das Recht auf schlechte Gewohnheiten. Die genannten drei Jahre Verzögerung, bis das Medikament vom Markt kommt, beruhen wiederum auf juristischer Absicherung. Es ist legal abgesichert, obwohl gut erkennbar de facto schädigend, trotzdem ohne weiteres risikolos für die Pharmaindustrie. Kaum jemand kann und wird gegen deren Juristen etwas erreichen, egal wie angemessen es längst wäre. Ähnliche Willkür gibt es bei Lebensmitteln und Agrarindustrie, inzwischen allgemein bekannt ist Monsanto.

¹⁰ SZ 26. Mai 2011, S. 19

¹¹ Alexander S. Kekulé: Der Fall Avandia zeigt die Schwächen der Arzneimittelzulassung. In: Tagesspiegel 20. Okt. 2010

Jeder Interessierte „weiß es“, aber es geschieht effektiv nichts. Die Branche schämt sich sowieso bestenfalls mal so rein verbal, ohne Folgen. Niemand im „Rechtsstaat“ zieht eine Lehre daraus. Das Phänomen wurde sauber herausgearbeitet von Max Frisch¹²:

„Biedermann und die Brandstifter“ ist ein Drama des Schweizer Schriftstellers Max Frisch. Es handelt von einem Bürger namens Biedermann, der zwei Brandstifter in sein Haus aufnimmt, obwohl sie von Anfang an erkennen lassen, dass sie es anzünden werden. Der Untertitel lautet „Ein Lehrstück ohne Lehre“.

Bieder vornehm wirbt Birgit Fischer, die Hauptgeschäftsführerin des Verbandes forschender Arzneimittelhersteller (VFA) pauschal um Vertrauen, denn sie weiß¹³:

„Was wir zu aller erst brauchen, ist ein Klima des Vertrauens.“

Und auf Korruption angesprochen, auf „... Pharmahersteller, die mit Gefälligkeiten neue Arznei auf den Markt zu drücken versuchen ...“ antwortet sie treuherzig vorbildlich: „Es ist sehr zu begrüßen, wenn es hier mehr Rechtssicherheit und Transparenz gibt. Bestechlichkeit und Korruption darf es nicht geben. Beim VFA haben wir eine entsprechende Selbstverpflichtung. Mitgliedern, die sich nicht daran halten, drohen Sanktionen.“

Nun war Birgit Fischer vorher Gesundheitsministerin in NRW, Chefin der Krankenkasse Barmer GEK und im Präsidium des Evangelischen Kirchentages. Vielleicht hat sie ein ganz anderes Bühnenstück gelesen, etwa: „Herkules und der Stall des Augias“, ein Hörspiel und Theaterstück des Schweizer Autors Friedrich Dürrenmatt und sie will nun die Pharma-Industrie ausmisten, basisdemokratisch höchst eleganterweise, während sie von ihr bezahlt wird. Bleibt sie ohne Erfolg, so ist es immerhin Werbung für die Pharmaindustrie, hat sie Erfolg, verliert sie den Job, vermutlich dann doch mit vornehm inszeniertem „Ich bin zurückgetreten“.

Aber was könnte sie überhaupt versuchen? Das zwitschern die Journalisten von allen Medien. Sie bräuchte nur denselben Tagesspiegel vom Tag ihres Interviews hernehmen, um eine Aufgabe zu finden¹⁴:

In der Augenheilkunde wirkt gegen altersbedingte Makuladegeneration ein Mittel der Firma Novartis, namens „Lucentis“. Eine Behandlung kostet über tausend Euro. Für einen Bruchteil (weniger als ein Fünfzehntel) des Preises würde das Medikament „Avastin“ vom Hersteller Roche nachweisbar genauso gut wirken. Roche plant aber offenkundig gar keine Zulassung für diesen Zweck und bemüht sich auch nicht um die an sich leicht mögliche Aufklärung von Bedenken: Es würde sonst dem Anteilseigner Novartis das lukrative Geschäft kaputt machen.

Wenn hier der Kapitalismus trotz aller Korruption „dem“ Sozialismus immer noch bei der Bereitstellung von Gesundheit aller Art überlegen sein sollte, zeugt dies von einer (teils auch mal im wahrsten Sinne des Wortes) atemberaubenden Effektivität. Eine erhöhte Lebensdauer wird teils mit vielen Leiden erkaufte. Welches Gesellschaftssystem ist besser, welches ist liebevoller? Das System des Westens, als eine enorm teure „chronische Linderung von Symptomen“, ist stark verbesserungsfähig in Richtung Rechtsstaat. Vor allem einige Gewohnheitsrechte müssten verändert werden.

Gewohnheitsrecht

¹² http://de.wikipedia.org/wiki/Biedermann_und_die_Brandstifter

¹³ Interview im Tagesspiegel mit Birgit Fischer: „Die Pharmaindustrie will eine neue Rolle spielen“, 14. 6. 2011, S. 18

¹⁴ Adelheid Müller-Lissner: Was ins Auge geht. Ein preiswertes Krebsmittel hilft auch gegen Erblindung – aber der Hersteller erschwert die Behandlung. In: Tagesspiegel 14. 6. 2011, S. 29

Welche Bedeutung hat das Recht auf schlechte, kommerziell geprägte Gewohnheiten? Nicht das „geltende“ Recht, sondern das wirksame: Gigantisch wäre der Erfolg, wenn die egomanisch egoistische Willkür aufhören würde. Aber juristisch ist da kaum was zu machen, denn es gibt eben dieses Recht, welches jegliches andere Recht seit Jahrtausenden locker, von Nischen abgesehen, außer Kraft setzen kann:

Das Gewohnheitsrecht hebt jedes andere Recht aus.

Wir Menschen haben viele gute und schlechte Gewohnheiten. Die Auswirkungen sind enorm. Kann es da überhaupt einen Rechtsstaat oder einen Unrechtsstaat geben? Im Prinzip ja, aber beide würden sofort durch etliche Gewohnheitsrechte stark verändert.

In Diktaturen kann erstaunlich sein, was alles keiner sagen darf, obwohl es jeder sieht. In Demokratien und vielleicht anderen Staatsformen, ist ebenso erstaunlich, was alles man sagen, berichten, belegen kann – aber nichts geschieht. Die Machthaber zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich zumindest vorübergehend der Willkür entziehen können. Ein Gewohnheitsrecht schützt sie, selbst dann wenn sie sich nicht mal die Mühe machen, eine Deutungshoheit einzurichten.

Unterwerfen sich etwa im Gesundheitswesen die Krankenkassen mit gewohnter Trägheit den Machenschaften, auch wenn es ihnen und somit der Gesellschaft massiv schadet? Im Prinzip ja, und zwar systematisch¹⁵:

„Der Schaden ist gespenstisch hoch. Durch Korruption, Betrug und Falschabrechnung gehen Jahr für Jahr drei bis zehn Prozent der Gesundheitsausgaben verloren, schätzen die Experten des European Healthcare Fraud and Corruption Network.“ Und „Genaue Zahlen dazu, wie oft im deutschen Gesundheitswesen bestochen, betrogen und falsch abgerechnet wird, gibt es nicht. „Je mehr man sucht, desto mehr findet man“. Das Gewohnheitsrecht bei der Prüfung von Abrechnungen der Kliniken ist märchenhaft – 43 % der Rechnungen erwiesen sich als zu hoch, aber es schadet kaum: „Finden die zur Prüfung verpflichteten Kassen keinen Fehler, so müssen sie die Kliniken mit 300 Euro entschädigen. Bei entdeckten Fehlern haben Kliniken außer der Nachzahlung nichts zu befürchten – es sei denn, es lässt sich systematischer Betrug nachweisen.“

Im Film „Der Pate“ gelingt es dem tüchtigen Hausjuristen der Mafia, zunächst jeglichen Schaden für die eigene Gruppe stark genug zu beschränken. Er lebt gut davon. Es kann vorübergehend zur Gewohnheit werden – bis zu seiner Ermordung, vor der er Verblüffung zeigt. Effektiver, und vermutlich freundlicher zu ihren Juristen, ist die Pharmaindustrie. Sie hat schon eigene Experten kostenlos ins Bundesgesundheitsministerium ausgeliehen, damit sie bei Gesetzesentwürfen nachhelfen. So entsteht ein unschlagbares Gewohnheitsrecht.

Im amerikanischen Klassifikationssystem DSM (Diagnostic and Statistical Manual; es wird von Experten festgelegt, um Diagnosen reproduzierbar zu gestalten) werden laufend neue Anzeichen bestimmter Krankheiten frei erfunden und so neue Gewohnheitsrechte durch Handaufheben beschlossen, vor allem durch die amerikanische Psychiatervereinigung APA. Sie gelten als „die Experten“, niemand erhebt Einspruch. Das schafft laufend neue Einnahmequellen und schadet Millionen von eigentlich normalen, gesunden Patienten durch falsche, unnötige und teure Behandlung enorm¹⁶.

¹⁵ Rainer Woratschka: Krankes System. Durch Korruption, Betrug und Falschabrechnung verlieren die Krankenkassen jedes Jahr Milliarden. In: Tagesspiegel 27. 5. 2011 und <http://www.pnn.de/wirtschaft/440424/>

¹⁶ Nicole Simon: Normal ist unnormal. Kritiker befürchten, dass in der Diagnostik-Bibel DSM Krankheiten erschaffen werden, die keine sind. In: Tagesspiegel 13. 5. 2011.

In der Pharmabranche „leidet“ man angeblich unter dem immer schlechteren Image. Aber solange man profitiert, reagiert die Branche ganz anders als dies z. B. bei Schlecker nach Pressemeldungen über Unkorrektheiten zu beobachten war: Bei Schlecker gingen die Umsätze zurück und Schlecker bemühte sich durchaus ernsthaft und real um Korrekturen. Ganz anders in der Medizin. Eine „eigentlich“ nachweisbare Willkür gegen praktisch die gesamte Bevölkerung kann trotzdem über Jahrzehnte hinweg aufrecht erhalten werden. Bereits 1975 hatte Ivan Illich das Phänomen für jeden verständlich dargestellt¹⁷:

„Die etablierte Medizin hat sich zu einer ernsten Gefahr für die Gesundheit entwickelt. Die lähmenden Folgen einer von professionellen Standesorganisationen ausgeübten Kontrolle über das Gesundheitswesen erreichen mittlerweile die Ausmaße einer Epidemie. Der Name dieser neuen Epidemie ist *Iatrogenes* ...“ (S. 9). „Ein professionelles, auf die Person des Arztes abgestelltes Gesundheitssystem, das sich über gewisse Grenzen hinaus entwickelt hat, macht aus drei Gründen die Menschen krank: es produziert zwangsläufig klinische Schäden, die schwerwiegender sind, als sein potentieller Nutzen; es kann die politischen Verhältnisse, die die Gesellschaft krank machen, nur begünstigen – auch wenn es sie zu verschleiern sucht; und es nimmt dem Einzelnen die Fähigkeit, selbst zu gesunden und seine Umwelt zu gestalten.“ (S. 15). „Ich werde beweisen, dass der Anspruch der Ärzte, sie allein seien qualifiziert, die Medizin selbst zu kurieren, auf einer Illusion basiert.“ (S. 12).

Drastische Willkür wird etabliert und effektiv. Dies gelingt wegen Unfähigkeit der Politiker, eine Infrastruktur vor der Interessenpolitik zu beschützen. Es ist wie bei den Banken, bei Bahn, bei ehemaliger Post: Was eine Infrastruktur sein sollte, wird zum modernen Raubrittertum, etabliert und zementiert in einer Lobbykratie.

Zur Vertuschung gehört, dass eine Firma auch mal Willkür gegen die eigenen Leute ausübt, wenn es sich demonstrativ lohnt. Eine Firma kann zunächst Milliarden Euro Bestechungsgelder (sei es nun bewusst gezielt oder „unbewusst fahrlässig“) bereitstellen und durch ihre Manager verteilen lassen (sei es nun mit oder ohne Quittungen). Die Firma kann danach eben dieselben Manager abmahnen, bestrafen, öffentlich durch die Staatsanwaltschaft vorführen lassen. Sie kann die Willkür auch wieder sein lassen, und wenn es lohnt ein Gewissen zelebrieren, ein Beispiel¹⁸:

Siemens hatte 2000 bis 2006 insgesamt 1,3 Milliarden Euro für Bestechung bereit gestellt, es gab ein System schwarzer Kassen. Als es aufkam, zahlte der Konzern rund 2,5 Milliarden Euro Strafe. Aktuell in 2011 ging es um den Versuch dreier Vertriebsmanager von Siemens, Vertreter des Energie- und Wasserministeriums in Kuwait zu bestechen, um an Aufträge zu gelangen. Ein Siemens-Sprecher argumentiert dazu: „Der Fall ist ein Beleg dafür, dass unser Compliance-System schnell und effizient funktioniert, wir haben den Versuch frühzeitig aufgedeckt und die Behörden sofort informiert“ und zudem seien die Mitarbeiter „konsequent sanktioniert worden.“

Grundsätzlich haben (fast alle) Firmen, hat (fast) jeder Mensch ein Bewusstsein für richtig und falsch. Es könnte jede kafkaeske Willkür ausgemerzt werden, sobald eine Soziologie mit Kafka den politischen Blick dafür breit öffnet. Bei wirksamen Strafen und markantem Imageverlust lohnen Bestechungen nicht, die Willkür würde beseitigt. Es mag dauern, bis Mitarbeiter ihre schlechten Gewohnheiten, Firmen ihre Gewohnheitsrechte ändern, aber es wäre machbar.

¹⁷ Ivan Illich: Die Enteignung der Gesundheit, Rowohlt, Reinbek 1975; hier zitiert aus der 4. überarb. Auflage mit dem Titel „Die Nemesis der Medizin“, Beck, München 1995.

¹⁸ Corinna Visser: Neuer Korruptionsfall bei Siemens – Drei Mitarbeiter in Kuwait entlassen. In: Tagesspiegel 11. 6. 2011, S. 16

Willkür aus Ideologie und Religion herausnehmen

Die krassesten Fälle von Frustration bei Opfern von Willkür gibt es bei den krassesten Formen von Willkür, durchaus im biblischen Sinne von Tätern der Art:

„Die Selbstgerechten begehen die größten Sünden.“

Damit sind Täter aller Arten, wie Kalte Krieger bei den Ideologen und Fundamentalisten bei den Religionen. In vielen Religionen meinen die Gläubigen, unterstützt von ihren Führern, Gott sei in allen Konflikten pauschal auf ihrer Seite. So stand „Gott mit uns“ auf den Koppelschlössern der Soldaten im I. Weltkrieg. Dennoch gilt als tolerant, jedem seinen Glauben zu lassen. Richtig ist, dass niemand bevormundet werden soll, zumindest solange der Schaden begrenzt bleibt. Falsch ist, Willkür und sonstige Ursachen von Fundamentalismus und starren Feindbildern nicht wenigstens offen zu legen – nur so kann jemand auch erkennen, wie er andere bevormundet.

Helmut Schmidt hat betont, dass Staat und Religion zwei getrennte Bereiche sein sollen und notiert¹⁹:

Solange die großen Weltreligionen nicht bereit sind, sich gegenseitig zu respektieren und zu tolerieren, so lange gefährden sie den Frieden. Zu der notwendigen Verständigung – über alle Glaubensdogmen hinweg – will der vorliegende Band ein Weniges beitragen. Dabei ist mir die Unvereinbarkeit vieler fundamentaler Positionen durchaus bewusst. Ich verkenne keineswegs die enormen Schwierigkeiten, über Glaubensfragen, über Respekt und Toleranz ins Gespräch zu kommen. Umso mehr bleiben die religiösen Führer aufgefordert, ihrer Verantwortung für den Frieden gerecht zu werden und aufeinander zuzugehen.

Bereits innerhalb einer Religion können Grundlagen für Schadensvermeidung mit gelegt werden, denn teils halten die Gläubigen extrem stark an den willkürlichen Aussagen fest. So werden in jüdischen Synagogen nach wie vor dem Holocaust Texte gesungen, in denen von Gott erwartet wird, dass er jeden betenden Juden gegen alle fürchterlichen Bedrohungen, ausdrücklich gegen alle Wahrscheinlichkeit, erretten würde. Ich halte ich es für autosuggestiv gefährlich und objektiv verantwortungslos, daran wie an ein Wunder zu glauben – anstatt sich sehr aktiv und gottgefällig tolerant um das Wunder zu bemühen. Die Formen der Willkür (Jesus sei Gottes Sohn, schematische Vergebung der Sünden usw.) sind breit und führen in der Tendenz zum Gegenteil des Erwünschten, nämlich leider in Richtung Verantwortungslosigkeit. Dies geschieht natürlich nicht in jedem Fall – so ist eine Beichte eine potenziell starke religiöse Praxis mit segensreicher Wirkung und sie kann trotz beigefügter Willkür hilfreich sein.

Das Ausmaß von Willkür und Gegenwillkür ist oft kafkaesk. Teils wird eine empfundene Willkür in einem Racheakt umgedreht. So hat der Waldbesitzer Rothwangl in der Steiermark Schilder aufgestellt²⁰, auf denen steht, dass Priester in Begleitung von Kindern den Wald nicht betreten dürfen. Sein Hass auf die katholische Kirche ist verständlich, nachdem die Kirche pädophile Übergriffe, gegen die er sich wehrte, nicht verhindert hat. Aber hier werden mit Pauschalverdacht Priester willkürlich behandelt, die überwiegend gutwillig sein dürften, während die Kirche selbst nach wie vor nicht reagiert.

In der DDR galt Religion als „Opium für das Volk“, als eine Willkür, eine Peinlichkeit für jeden vernünftigen Menschen. Man ging nicht daran, die Willkür aus der oder den Religionen auszumerzen, vielmehr sah man in der Institution einer Kirche – mitsamt ihrer

¹⁹ Helmut Schmidt: Religion in der Verantwortung, Propyläen, 2011, S. 10 f.

²⁰ Takis Würger: Wir müssen draußen bleiben – Warum ein Wald für katholische Priester gesperrt werden soll. In: SPIEGEL 22/2011, S. 48

Religion – die Ursache für Verblendung der Gesellschaft. Dies hat sich breit durchgesetzt. Sicher gibt es bessere Ansätze für die Zukunftsaufgabe einer Überwindung des religiösen Fundamentalismus. Wichtig sind Aktionen in Richtung willkürfreier Religiosität und echter Humanität. Die Jugendweihe wurde als menschlich überzeugendes Modell nach der Wende vielfach beibehalten. Natürlich gab es zumindest anfangs in der DDR noch überwiegend Christen, jedoch gab es nach der Wende kein zurück.

Wer wurde von der Stasi strikt und bösartig bekämpft und in schlimme Gefängnisse gesteckt? Das waren vor allem offene Feinde des Sozialismus und missionarisch erbitterte Christen. Ansonsten war der Verfolgungswahn der Stasi nervend und in der Penetranz gegen die eigenen Bürger ein global typischer Geheimdienstschaden, für Volk wie Regierung. Dennoch waren demokratische Gepflogenheiten etabliert und wirksam. Es hätte niemals ein „wir sind das Volk“ und nie eine Wende gegen eine tatsächliche Diktatur, gegen einen tatsächlichen Unrechtsstaat geben können.

Eine Überlebensbedingung der globalen Gesellschaft, so auch für die BRD, ist die Überwindung des religiösen Fundamentalismus. Solange man alte ehrwürdige Bücher, die viel Weisheit enthalten, schematisch als Handbuch für wortgetreuen Glauben, als Folge davon für Missionen, für Feindbilder verwendet, bleibt der Fundamentalismus bestehen. Es gibt freundliche Menschen, die wortgetreu glauben, und trotzdem wenig Schaden (außer der Verbreitung) anrichten – sie hätten zumeist den willkürlichen Anteil des Glaubens gar nicht gebraucht. Sie sind nicht das Problem, aber sie verfestigen die Willkür wie ein Gewohnheitsrecht.

Die Willkür aus den Religionen herauszunehmen ist eine Jahrhundertaufgabe – fraglich ist, inwieweit man sich eine derartige Verzögerung leisten kann. Das Problem sind Exponenten fast nur im Westen, wie die Musterbeispiele Papst Benedikt XVI und Theologin Margot Käßmann. Sie erklären allgemein unverbindlich, was irgendwer oder alle tun sollten. Rein theoretisch könnte das Wunder geschehen, dass jeder der AIDS hat, keine Kondome braucht, weil er sich vornehm vom Geschlechtsverkehr zurück hält. Das mag am Sankt-Nimmerleinstag gelingen.

Margot Käßmann wird zugejubelt, weil sie sagt, was irgendjemand (anders) tun sollte, in einer Art und Weise, die es den Zuhörern und Lesern erlaubt, einfach weiter in aller Erbaulichkeit nichts Effektives tun zu müssen. Wer Verantwortung trägt, wehrt sich dagegen. So bei einem Hinweis für die Innere Führung der Bundeswehr²¹:

„Nichts ist gut in Afghanistan“ mit diesen Worten löste die evangelische Bischöfin Margot Käßmann zu Neujahr 2010 eine heftige Diskussion um Afghanistan aus. Doch bereits das „Evangelische Wort zu Krieg und Frieden in Afghanistan“ vom 25. Januar 2010 modifiziert und entschärft (diese Aussage, d. Verf.), da mit einer rasch umzusetzenden „Exit-Strategie“ der begonnene zivile Wiederaufbau in Afghanistan gefährdet sei. Ohne gefestigte zivile Strukturen in Afghanistan bleibt ein Nährboden für den internationalen Terrorismus bestehen, was zu verhindern ist, weil eben davon Menschen in vielen Ländern der Welt betroffen wären.

Man kann dazu verschiedener Meinung sein, aber ohne konkrete „Exit-Strategie“ ist alles Gerede unverbindlich und ändert an effektiver Willkür wenig. Problematisch war von daher der Beginn der NATO Aktionen gegen Libyen, ohne erkennbare Exit-Strategie. Dies bedeutet jedoch nicht, dass man bei Unrecht einfach nur zuschauen soll. So betont General a. D. Klaus Naumann die konkrete Verbindung von Moral und Verantwortung²²:

²¹ Zwischen Krieg und Frieden. In: IF Innere Führung 4/2010

²² Zitiert aus: „Lesermeinung“ zur Enthaltung Deutschlands im Sicherheitsrat, betreffend Libyen. In: Tagesspiegel 12./13. 6. 2011, S. 18

„Kirchentage, auf denen Irrationales Beifall findet und die gerne vom Hochsitz der Moral aus verurteilen, mögen Enthaltung fordern, Politiker dürfen das nicht, denn sie haben Verantwortung für den Schutz des menschlichen Lebens. Sie dürfen sich den Luxus der Irrationalität nicht leisten, sie müssen handeln, sie wissen, dass sie dabei schuldig werden können, und sie wissen auch, dass der Einsatz militärischer Mittel niemals die Regel, sondern immer die Ausnahme sein wird.“

Im ureigensten Gebiet der ernsthaften Religiosität sind Papst Benedikt und Margot Käßmann nicht nur „Experten“, sondern zugleich mit einer authentischer Frömmigkeit um Grundlagen der Religion bemüht, welche die Willkür des Glaubens als quasi selbstverständlich und unverzichtbar voraussetzt. Unweigerlich werden die ehrlichen Bemühungen um Frieden usw. mit den Ursachen des Unfriedens vermischt. Was Margot Käßmann gelingt, ist eine aus der Willkür des Glaubens heraus etablierte künstliche Zuversicht. Es gelingt, weil der Bedarf groß und grob ist. Mitten im Tempo der modernen Gesellschaft sind viele Menschen überfordert. Im Stress überfordern sich die modernen Menschen gegenseitig. Anstatt nun zu versuchen, dies religiös aufzulösen, wird es durch künstliche Zuversicht noch obendrein zementiert²³:

Am Ende denke ich, die Liebe ist entscheidend. Die Liebe Gottes zuallererst, auf die ich mich verlassen kann, eine Lebenshaltung, die darauf vertraut: Ich kann nie tiefer fallen, als in Gottes Hand. Und das gilt im Leben wie im Sterben. Aber es geht auch um die Liebe von Menschen, die mich hält und trägt in guten und schweren Zeiten.

Dies ist eine freundliche, einladende Behauptung. Mit ihrem feinen Gespür ahnt Margot Käßmann selbst einer Variante der Gefahr²⁴:

Bei allem: Eine Sorge bleibt für mich. Vielleicht werde ich zu ruhig? Was hat mich einst die Ungerechtigkeit der Welt aufgebracht! Wie habe ich mich engagiert! Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, ... Wir werden ruhiger. Aber wie gesagt, allzu ruhig wäre auch nicht gut in einer Welt, die so viel Elend und Unrecht kennt.

Es ist grob religiös, wie sie notiert²⁵: „Das Wichtigste im Leben ist eben nicht käuflich: Liebe, Freundschaft, Vertrauen, Glaube.“ Allerdings ist das schon seit Jahrtausenden auch ohne Glaubenswillkür bekannt. Schwer ist die ehrliche, die solidarische Umsetzung, siehe starke und letztlich scheiternde Bemühungen um Sozialismus in der DDR. Auch dort wurde versucht, mit künstlicher Zuversicht Problemen auszuweichen.

Art und Inhalt von Glauben wie von Ideologie führen tendenziell zur Abgabe von Verantwortung. Es gibt Ausnahmen, Notlügen, vorübergehende Kompromisse. So kann sich künstliche Zuversicht besser anfühlen als Verzweiflung, als Panik, als jene Depression die sie letztlich verstärkt. Die Folgen jeglicher Willkür sind erhöhtes Risiko, sei es in Physik, Politik oder Religion. Glaube und Ideologie verdecken die Gefahr durch künstliche Zuversicht. Längerfristig könnte sich das Christentum so verändern, dass es die Bibel als ein lehrreiches Legendenbuch behandelt, in so einem Rahmen könnte eine religiöse Führerin wie Margot Käßmann segensreich wirken, bis auf weiteres ist das nur bedingt erreichbar – und das wird durchaus wahrgenommen.

Barbara John ist als ehemalige Ausländerbeauftragte pragmatisch im Umgang mit Willkür. Sie notiert²⁶:

²³ Margot Käßmann: In der Mitte des Lebens. Herder, 2010, S. 38 f

²⁴ ebd. S. 44

²⁵ ebd. S. 39

²⁶ Barbara John: Ein Zwischenruf zur ... Aufklärung. Barbara John über die neuen Utopisten mit ihren einfachen Lösungen. In: Tagesspiegel 12./13. 6. 2011

„Ich beobachte derzeit eine Entwicklung, die in Deutschland wieder in Mode zu kommen scheint: Das Prophezeien von Gewissheiten über Gegenwart und Zukunft. Das klingt dann so: ‚Nichts ist gut in Deutschland, solange Kinder arm sind.‘ Was heißt das anderes als: hier ist jetzt alles schlecht. Da wird nicht mehr begründet, nicht mehr argumentiert und konkret kritisiert, sondern nur noch festgestellt. Weissagungen dieser Art haben unter anderem die evangelische Theologin Margot Käßmann derzeit zu einer der bekanntesten Frauen in Deutschland aufsteigen lassen.“ Und: „Ich halte (als Christin) gar nichts von Wirklichkeitsdeutungen, die sich, auf Grund ihrer orakelhaften Formulierung jedem Einwand entziehen.“

Denis Scheck kennzeichnet die Sackgasse der Moral für einen Fall des vornehmen Zurücktretens, in seiner Besprechung eines Buches²⁷:

Margot Käßmann: In der Mitte des Lebens (Herder, 160 S. 16,95 €): Aus groupiehafter Sehnsucht nach der medialen Wiederauferstehung einer wegen Trunkenheit am Steuer zurückgetretenen Landesbischöfin und Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland ein grauenhaftes Mischmasch aus Sermon, Erbauungsliteratur und moralisierenden Textautomatenbausteinen über Monate an die Spitze der deutschen Bestsellerlisten zu jubeln – für solch merkwürdige Heiligenverehrung kennt man meines Wissens im Norddeutschen das schöne Wort: „katholsch!“

Dies gilt ähnlich für ein weiteres Buch²⁸:

Margot Käßmann: Sehnsucht nach Leben (Adeo, 176 S., 17,99): Immer der erste Gedanke, immer das nächstliegende Bild, immer die flachste und schnarchlangweiligste Conclusio. Das liest sich dann so: „Wer die Sehnsucht nach Frieden kennt, wird auf die Taube vertrauen.“ Und wer auch nur ein Fitzelchen von Stilempfinden hat, der wird darauf vertrauen, das binnen weniger Jahre nach solchen Plastik-Evangelien kein Hahn mehr kräht.

Sobald man endlich die Willkür aus den Religionen heraus nimmt, können sie „zu Wahrheiten vereint“ werden. Aus wortgetreuem Glaube wird dann Interesse an kulturell und sozial wertvollen Legenden und Märchen. Fundamentalismus wird global als absurd behandelt. Die Natur der Religiosität bekäme ihren eigenen Sinn und Wert zurück. Küng deutet erste Schritte an²⁹:

„ .. wenn ein System des Dienstes in ein System der Macht umschlägt, wenn die Personen, die Dienstleister sein sollten, zu Machthabern werden, dann kann man sich nicht mehr auf Jesus von Nazareth berufen. Denn der sagt: ‚Wer von euch der Höchste sein will, sei der Diener aller.‘ Und: „Man darf natürlich nicht das Evangelium durch Sozialpädagogik und Parteipolitik ersetzen. Ich war immer dagegen, dass Kirchen nur die Reformforderungen der Welt nachplappern. Kirche hat die prophetische Funktion, sich für Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit und Menschlichkeit einzusetzen. Und sie hat die spirituelle Funktion, den Menschen Erfahrungen zu ermöglichen, die weit über das Innerweltliche hinausgreifen.“ Als Aktionsprogramm nennt Küng vier besonders dringende Punkte: Zölibat freiwillig, Frauen in die Ämter, Abendmahlsgemeinschaft mit den Protestanten, Wiederverheiratete Geschiedene zur Eucharistie zulassen.

Johann Sebastian Bach hat gerne an das Ende seiner Kompositionen geschrieben: „Soli Deo Gloria“. Die Pflege einer hohen Musikkultur war und ist in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen ein Vorbild und echte Zuversicht für „zu Wahrheiten vereint“. Es muss aber

²⁷ In Tagesspiegel 30. 1. 2011, bei der Buchbesprechung von Bestsellern: In der Mitte des Lebens

²⁸ In Tagesspiegel 31. 7. 2011, bei der Buchbesprechung von Bestsellern: Sehnsucht nach Leben

²⁹ Hans Küng, im Interview. DIE ZEIT 26. 5. 2011, S. 63

immer von Neuem erarbeitet werden. Helmut Schmidt hat hierzu für unsere Zukunft die richtige Vision (obwohl er das Wort nicht mag)³⁰:

Ohne Musik – das könnte durchaus das Schicksal einer Generation werden, die in einem Meer von Geräuschen ertrinkt, von >>Geplärr und Geleier<<, wie Bach das genannt hat. Es geht um die Bewahrung und um die immer neue Erschaffung der Musikkultur der Lebenden. Wir sollten also dafür sorgen, dass in unseren Wohnungen und in unseren Schulen gesungen wird und Musik gemacht wird, dass die Nachwachsenden lernen, daran Freude zu haben.

Es wird Zeit für jene Sprache, die unsere Seele ohne Umwege erreicht, die keinen Irrtum kennt und keine Lüge. Es wird Zeit für Bachs Musik und seine Kantate >>O ewiges Feuer<<.

Viele Ossis, etliche Wessis haben die Willkür im und vom Glauben bereits weitgehend überwunden. In Berlin haben Ossis und Wessis bei der Volksabstimmung für den Ethikunterricht den gangbaren Weg in natürliche, tolerante Religiosität vorgezeichnet.

Unrechtsstaat bezüglich Nazis

Die Justiz im Westen ersparte der überwiegenden Anzahl Alt-Nazis weitgehend Nachteile bei Job und Ansehen. Nazis behielten gute Posten und Kooperationen in Netzwerken. Nur selten, dabei oft Jahrzehnte zu spät, bewirken Gerichte bei Nazis eine Verurteilung oder eine Entfernung von einem einflussreichen, gut bezahlten Job. Ganz wesentlich wird dieses Phänomen dadurch unterstützt, dass viele Altnazis eben als Beamte „automatisch“ einen hohen Schutz hatten, während die ohnehin krass benachteiligten Emigranten bei ihrer Heimkehr nach Deutschland sich nun wieder ganz unten in den Arbeitshierarchien anstellen mussten, in der BRD. Hingegen in der DDR wurden viele Altnazis bestens begründet aus ihren einflussreichen Positionen entfernt. Sie durften – ab sofort – nicht mehr als Lehrer, als Richter usw. die Gesellschaft verderben. Es ging nicht um Rache, denn sie konnten sich von einfachen Arbeiten her im Sozialismus bewähren und wieder nach oben arbeiten. Das Prinzip ist vorbildlich, auch wenn die Deutungshoheit der Wessis gelegentlich ein paar Fehlschläge dokumentiert.

Genau entgegengesetzt ist der übervorsichtige Umgang mit Neonazis in der BRD. Neonazis bekennen sich zu Verbrechen inklusive Hitlers Taten, sie begehen Verbrechen, aber sie werden geschont. Auch nach einem offensichtlich mutwilligem Mord versucht die Staatsanwaltschaft alles, um nur auf Totschlag zu plädieren³¹. In diesem Punkt war und ist die BRD ein Unrechtsstaat, hingegen die DDR ein Rechtsstaat, dort hatten Neonazis keine Chance. Das hat die DDR mit ihrer Gründung von der SBZ, der Sowjetisch Besetzten Zone übernommen, dort hatten die Russen weitaus konsequenter jegliche Nazis aus wichtigen Posten (Lehrer, Richter usw.) entfernt, als dies in den drei West-Zonen geschah. Nur der Typ des Kalten Kriegers im Westen könnte versuchen, den bis zur Wende gültigen Sachverhalt mit Hilfe von einigen sehr wenigen Gegenbeispielen zu leugnen.

Überdeutlich veranschaulicht ein bemerkenswertes Stück Unrechtsstaat im Westen ein aktuelles Buch: DAS AMT. Nazis wurden vor allem durch den Beamtenstatus und eine verschworene Kameradschaft geschützt. Aber keineswegs nur dort. Bei Opfern wurde überkritisch geprüft und Hilfe verzögert, bei Tätern ebenfalls überkritisch geprüft und Strafe verzögert. Beides maximiert bei Gerichtsprozessen das Verdienst der Juristen.

³⁰ Helmut Schmidt: Religion in der Verantwortung. Herder, 2011, S. 78

³¹ Frank Jansen: Rechte Täter, aber keine rechte Gewalt. In Leipzig stehen nach dem Tod eines Irakers zwei Männer vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft geht nur noch von Totschlag aus.

Während jüdische Opfer, in vielen Fällen gesundheitlich schwer angeschlagen, mühsam und oft vergeblich Schadenersatzanträge stellten, konnten viele Täter ihr kriminelles Handwerk ungestört und einträglich fortsetzen³²:

Francois Genoud: „Sein Leben lang half er alten Nazis, kollaborierte mit diversen Geheimdiensten und unterstützte arabische Nationalisten, deren mörderischer Antisemitismus ihm sehr entsprach.“ Genoud half seinem Freund Paul Dickopf, der im Krieg als Kriminalkommissar und SS-Untersturmführer für den militärischen Abwehrdienst arbeitete. Genoud stattete Dickopf mit der Legende eines Überläufers aus, sodass er einen schweizerischen Flüchtlingspass erhielt. Nach Umwegen über Dienste im Bundesinnenministerium wurde Dickopf schließlich Präsident des BKA.

Erich Priebke ist ein Musterbeispiel für den laschen Umgang mit Nazis in der BRD³³:

Er war an der Ermordung von 335 Menschen beteiligt. Für ihn wurde der Aufwand einer ganzen Reihe von verzögernden Prozessen getrieben, nur um schließlich wegen seines Alters von inzwischen 97 Jahren eine „an sich“ verhängte lebenslange Haftstrafe in einen Hausarrest in Rom umzuwandeln. Er führt ein Leben fast so als wäre er frei. Damit ihm ja nichts Böses angetan wird (und er nicht flüchtet, was in seiner feinen Lage absurd wäre), stellt der Staat ihm kostenlos zwei Zivilbeamte als Bodyguards zur Verfügung, wenn er sein Haus verlässt. Er zeigt keinerlei Reue, er sieht sich als Verfolgter.

Willkürliche Schonung von Tätern geschieht durch „vorsätzlich fahrlässige“, sprich gewollt nachlässige Justiz und Verwaltung. Willkürliche Benachteiligung von Opfern geschieht, wo Machthaber verdrängen und/oder wo sich Verwalter aller Art in einem breit üblichen Reflex absichern wollen. Sie genehmigen Opfern wie anderen Antragstellern nur dann Kosten verursachende Zuwendungen, wenn sie von ihren auf Einsparungen eingestellten Vorgesetzten keinerlei Ermahnungen wegen Nachlässigkeit zu befürchten brauchen.

Das UN-Kriegsverbrechertribunal bauscht Prozesse gegen offensichtliche Verbrecher wie Milosevic, Karadzic oder Mladic ins schier Unermessliche auf, anstatt mit ein paar wenigen zweifelsfreien Beweisen eine rasche Verurteilung zu schaffen. Eine Andeutung von Krankheit beim Angeklagten genügt, um Wochen und Monate Verzögerung zu erreichen. Gerade der gigantische Umfang der Anklagen erlaubt etwa Mladic das Argument, er bräuchte zur Durchsicht viel Zeit. Dies steht im krassen Gegensatz zur Skrupellosigkeit der Täter. Der Täter konnte Opfer mörderisch „zurücktreten“, das Wort reicht hier nicht wirklich. Aber bei ihm als Täter wird ängstlich jeder Hauch von Willkürmöglichkeit vermieden. Ich nenne dies Unrechtsstaat, bzw. da es ganz Europa betrifft, Unrechtskontinent – in diesem krassen Punkt. Zwar gibt es einen serbischen Staatsanwalt für Kriegsverbrechen, Vladimir Vukcevic, der ankündigt, Mladics Fluchthelfer zur Verantwortung ziehen zu wollen, diese hätte Serbien „schweren Schaden“ zugefügt³⁴. 16 Jahre Flucht hätten jedoch dazu genügend Gelegenheit geboten, es handelt sich um einen krassen Fall von Unrechtsstaat. Ein konkretes Beispiel ist der Ort Lazarevo, in dem Mladic aufgespürt und verhaftet wurde. Es zeigt, dass und wie eine „Wende“ mit ausufernder Willkür verbunden sein kann³⁵:

„Während mehr als 130 Jahren (hieß der Ort Lazarfeld und) war der Ort wie so viele andere fast ausschließlich von Deutschen bewohnt – bis der NS-Staat 1941 mit größter Brutalität den Balkan eroberte und seine Schreckensherrschaft errichtete. Mit der Niederlage der Nazis war dann auch das Schicksal der Banater Schwaben

³² Ernst Piper: Hitlers Freund, Carlos Helfer. Buchbesprechung zu Willi Winkler: Der Schattenmann. Von Goebbels zu Carlos: das Mysteriöse Leben des Francois Genoud. Rowohlt Berlin, 2011.

³³ Julius Müller Meiningen: Da geht er. In: SZ 21./22. Mai 2011, S. V2/7

³⁴ Tagesspiegel 28. 5. 2011, S. 4

³⁵ Robert Probst: Lazarevo, ehemals Lazarfeld. In: SZ 28./29. 5. 2011, S. 8

besiegt. Die Rache der Serben war fürchterlich.“ Die Banater Schwaben hatten das Land urbar gemacht und der Umgang mit dem Umfeld war friedlich. Oktober 1944 hatten die Kommunisten in Lazarsfeld die Wehrmacht besiegt und sie erklärten alle Deutschen zu „Faschisten, Verrätern und Kriegsverbrechern. Die Deutschen wurden enteignet, teils liquidiert, vertrieben – was von den Alliierten nicht unterstützt wurde. Zwischen 1944 und 1948 starben etwa 65.000 Deutsche aus Jugoslawien.

Trotz allem konnte die Willkür ein Stückweit überwunden werden, eine zukunftsweisende Leistung³⁶:

„Vor einigen Jahren haben gebürtige Lazarfelder eine Busreise in ihre alte Heimat gemacht, von den Serben wurden sie herzlich empfangen und bewirtet. Viele haben sich mit den neuen Bewohnern ihrer alten Häuser angefreundet. Mehr als 60 Jahre nach dem Ende des Krieges war Versöhnung möglich.“

Bezüglich DDR gilt, es gab keine unabhängige Justiz und Verwaltung, mit unweigerlichen Nachteilen, aber auch Vorteilen: Politisch wurde nicht zuletzt durchgegriffen, um Nazis konstant von jedem Einfluss fern zu halten. In der BRD gab und gibt es eine unabhängige Justiz und Verwaltung – in der allerdings etliche Nazis u/o deren Sympathisanten Einfluss hatten und haben. Das war und ist nur mit politischer Duldung möglich. Ein Rechtsstaat sollte sich ehrlicherweise beides nicht nennen – ein Unrechtsstaat allerdings ist noch mal was ganz anderes, wie es global viele abschreckende Beispiele zeigen.

Die Ausreden

Mit die schlimmste Form von Willkür gegenüber seinen Mitmenschen ist, sie ohne Not aus Gewinnstreben mit Streubomben zu bekämpfen, ähnlich wie Insekten mit Insektenspray. „Handicap International“ will erreichen, dass jegliche Investitionen in Herstellerfirmen unterbleiben und hatte dafür z. B. einen Infostand gegenüber einer Filiale der Deutschen Bank aufgebaut³⁷. Eine Streubombe enthält viele kleine Bomben, die wie Minen erst später explodieren und zu 98% die Zivilbevölkerung treffen, vor allem Kinder. Deutschland hat eine Konvention gegen Streubomben ratifiziert, daher sind hier Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Einsatz verboten. Die deutsche Regierung verbietet aber Investitionen in „Mischkonzerne“ nicht, die unter anderem Streubomben herstellen. Ganz anders Norwegen, dort wird mit gezieltem Aufwand sichergestellt, dass Fonds aus Öleinnahmen des Landes keinerlei Anteile von Streubomben enthalten³⁸. Diplomatisch und möglicherweise zukunftsweisend äußerte sich Josef Ackermann auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank zu Streubomben³⁹: „Wir unterhalten als globale Bank auch Geschäftsbeziehungen zu Mischkonzernen, die auch – vielleicht ohne dass wir das wissen – Produkte herstellen, die geächtet sind“, und er kündigte an, solche Engagements künftig noch genauer unter die Lupe zu nehmen. Das kann er, hingegen sind von außen Überprüfungen von Finanzströmen und deren Verwendungen nur bedingt möglich. Auf die Anklage, die Deutsche Bank hätte ein spanisches Rüstungsunternehmen unterstützt, das den libyschen Diktator Ghaddafi mit Streubomben versorgt, welche dieser in 2011 eingesetzt hätte, wehrte ein Sprecher der Deutschen Bank ab⁴⁰: „Die Bank äußere sich nicht zu einzelnen Kundenbeziehungen.“ Das gilt ähnlich für Versicherungen der Riester Rente, für Landesbanken, für verschiedene Fonds.

³⁶ ebd.

³⁷ Leonie Feuerbach: Protest gegen Streubomben – Handicap International fordert Verbot der Investitionen in Herstellerfirmen. In: SZ 28./29. Mai, S. R 9

³⁸ SZ 21./22. Mai 2011, S. 27

³⁹ Ackermann und die Aktionäre. In: Tagesspiegel 27. 5. 2011, S. 17

⁴⁰ Wolfgang Uchatius: Die Riester Bombe. In: DIE ZEIT 19. 5. 2011, S. 15-16

Willkür hat oft mit Arroganz zu tun. Ein „normaler“ Mensch würde sich nicht dazu hergeben, weil es allzu egoistisch, damit potenziell höchst peinlich wäre, jedenfalls in unserer Demokratie. Das kann deutlich werden, wenn es zu einer Klage wegen Willkür kommt, bei der es um viel Geld geht⁴¹:

Geschädigt wurde Leo Kirch als Großkunde der Deutschen Bank, als der Aufsichtsratschef Rolf-Ernst Breuer bei dessen Aussage in einem Fernsehinterview dessen Kreditwürdigkeit in Zweifel zog. War das Absicht oder ein Unfall? Dies soll das Gericht klären. Breuers Amtsnachfolger Clemens Börsig versucht die notwendigen Auskünfte zu vermeiden, indem er die ganze Fragerei als Zumutung herabsetzt, „... er habe wichtige Termine.“ Kennzeichnend ist dabei: „Im Zeugenstand verlässt ihn rasch die Souveränität, die er vor der Verhandlung wohl hat demonstrieren wollen.“ Im Unterschied dazu wirkt Josef Ackermann souverän.

Souverän ist, wer im Zweifelsfall die gewohnte Absurdität erkennen kann, wer sie in Zukunft glaubwürdig vermeiden kann und insgesamt bereit ist, eine gewisse Verantwortung zu übernehmen.

Noch souveräner wirkt, wer wie Axel Weber ein neuer Chef der Deutschen Bank werden könnte und trotzdem ethische Prinzipien offen verkündet – vielleicht hat er deshalb den Posten nicht bekommen, so hätte er sich und der Bank mit seiner Bekundung sinnlosen internen Ärger erspart⁴²

„Die Banken sollten für die Schuldenkrise zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie den Krisenländern Geld borgten.“ Sie wussten schließlich, was sie taten. Da muss man dann mal sagen: Junge, du fährst jetzt hier mal einen Verlust auf einer Position ein.“

Auch in seiner Eigenschaft als Ex-Zentralbanker redet Weber ... Tacheles. Dass die Europäische Zentralbank Staatsanleihen von Krisenländern aufkauft, gehe gar nicht: „Das verstößt gegen die Gründungsprinzipien der Europäischen Währungsunion“, erklärt Weber. Jedes Mitglied müsse für seine Fiskalpolitik selber gerade stehen und die Zentralbank sich gefälligst um die Preisstabilität kümmern.“

Mit Blick auf die Schuldenkrise kritisiert der Ökonom die angeschlagenen Länder scharf. Irland und Griechenland hätten viel zu viel in kürzester Zeit ausgegeben – und dann auch noch die Löhne in die Höhe getrieben. Regeln müssten her, fordert Weber, neue und strengere. Vor allem aber: „Sie müssen auch eingehalten werden“ – wie bei roten Ampeln, die nicht beachtet werden. Irgendwann müsse mal der Schutzmann kommen.

Abwägung bei Erotik und Sex

Der Mensch möchte Freiheit beim Sex. Die Gesellschaft, insbesondere die christliche, findet Gründe die Freiheit zu beschränken. Etliche Gründe, wie die Risiken von Geschlechtskrankheiten, wie die Leiden und Folgen von Vergewaltigungen, sind höchst beachtenswert. Ein Rechtsstaat würde auf die wichtigen Gründe hinweisen und unsinnige Gründe ignorieren.

Die DDR fand schon in den 60er Jahren zu Formen, die in Richtung eines modernen Rechtsstaates führen, es nahm an sich auch vorhandene Bestrebungen einer geplanten

⁴¹ Rüdiger Jungbluth: Königlich Bayerisches Bankgericht – Der Prozess Leo Kirchs gegen die Deutsche Bank entwickelt sich zum Spektakel. In: DIE ZEIT, 26. 5. 2011, S. 36

⁴² Weber will Strafen und Regeln. In: Tagesspiegel, 26. 5. 2011

bundesdeutschen Reform voraus, die aber im Westen auch danach nie derart modern und locker willkürfrei erreicht wurde⁴³:

1968 verabschiedeten die Delegierten der Volkskammer neue Strafgesetze. Die Sexualdelikte werden außerordentlich liberal und großzügig behandelt: „Der Sinn des Strafrechtes ist nicht die Bestrafung des Deliktes, sondern dessen Verhinderung, und dies nicht etwa durch Strafandrohung (die ja immer eine legalisierte Form der Erpressung darstellt) sondern durch Strafminderung und durch die ausdrückliche Feststellung, dass der Staat für die Verhütung von Straftaten verantwortlich sei. Wenn der Staat diese Verantwortung übernimmt, kann der Täter nicht mehr voll zur Verantwortung gezogen werden. Für jede Straftat ist der Staat selbst verantwortlich, denn er hätte sie verhüten müssen. Dies ist ein Rechtskonzept von äußerst fortschrittlicher Natur ...“.

Viel Verhalten, das willkürlich von „Experten“ als „Anomalie“ gekennzeichnet worden war, wurde als Straftatbestand gestrichen. Nach wie vor unter Strafe stand gewaltsam erzwungener Geschlechtsverkehr und generell der Missbrauch von Abhängigkeit. Frauen und Männer, Mädchen und Buben wurden gleich behandelt. Der gute Erfolg der DDR mit diesem Strafrecht zeigt, dass ein in diesem Punkt liberaler Rechtsstaat keineswegs zu Verrohung der Sitten oder zu mehr Verbrechen oder Vergehen führt.

Unterschiedliche Gewohnheitsrechte führen zum „clash of civilizations.“ Frankreich und USA können wohl noch lange nicht zu einer gemeinsamen Wahrheit im Umgang mit Sex vereint werden. Wenn etwa ein Frauenheld wie DSK (Dominique Strauss-Kahn) plötzlich in USA ungeahntes Misstrauen erlebt, nachdem er vorher ebenso krass gewohnt war, dass seine Übergriffe als genüsslich bewunderte Frechheit anerkannt wurden, dann erscheint ihm Ungewohntes als Ungewöhnlich. Mit Kafka steht Absurdität gegen Absurdität. Wer als Täter noch dazu sein Gewohnheitsrecht selbst mit gefestigt hatte, braucht nun besonders viel Humor, um dessen Relativierung auszuhalten. Allerdings: Für die Opfer gilt die Belastung des „Aushaltens“ in weit stärkerem Maße, und ohne jeglichen Humor. Und die genüssliche Vorführung der Täter ändert an der Lage der Opfer kaum je etwas. DSK wurde krass gedemütigt. Die in Europa respektierte Unschuldsvermutung wurde vorsätzlich verletzt, weil man es darf und daran verdient. Es war ein für beteiligte Anwälte, Medien, Hotels (als Ersatzgefängnis) usw. höchst einträgliches Spektakel⁴⁴:

„So etwas ist in Europa nicht vorstellbar. Den *Perp Walk*, also die öffentliche und meist demütigende Vorführung des Festgenommenen, hatte einst der frühere New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani populär gemacht, als er, noch als Generalstaatsanwalt, Verdächtige aus der Wall Street zur Abschreckung vorführen ließ. Heute gilt der *Perp Walk* als Teil der amerikanischen Rechtskultur.“

Um die eigenen Leute bei Laune zu halten, kann es geduldetes „schlechtes Gewohnheit(srecht)“ werden, etwas fremdere Leute, etwa Prostituierte, erst zu bezahlen und dann notfalls zu beschimpfen. Soweit erforderlich, gibt man sich vornehm geschockt⁴⁵:

„Die im vergangenen Jahr im Ergo-Versicherungskonzern aufgegangene Hamburg-Mannheimer hatte für ihre besten 100 Vertreter eine Sex-Party in Budapest organisiert. Am 5. Juni 2007 war dazu die traditionsreiche Gellert. Therme in Budapest in ein Freiluftbordell verwandelt worden.“ Und: „Die Sex-Orgie der Vertretertruppe der Hamburg-Mannheimer hat in der Versicherungsbranche für massive Verstimmung gesorgt. Die Versicherer fürchten um ihr Image, die

⁴³ Ernest Bornemann: Strafrecht in der DDR. In: Lexikon der Liebe. Paul List, München, 1968, List Taschenbücher 338/339/340, Band L-Z, S. 406

⁴⁴ Moritz Koch und Nikolaus Piper: Angeklagt. In: SZ 21./22. mai 2011, S. 32

⁴⁵ Sex Orgie schockiert Versicherungsbranche. In: SZ 21./22. 5. 2011, S. 27

Verbände sind massiv verärgert über den Exzess.“ Allerdings meinte eine Stimme aus dem Vorstand: „Die Strukturvertriebe sind keine Truppe von Traurigkeit. Um die Truppe trotz schrumpfender Märkte bei Laune zu halten, muss immer mehr geboten werden.“

Was aber ist heute in der BRD üblich? Bereits breit verankert ist der Stand von 1996⁴⁶:

Der liberale Diskurs der 60er und 70er Jahre betraf den Wegfall vieler Sexualverbote, danach kam es zu einer Selbstbestimmungsdiskurs, mit Initiative vor allem durch die Frauen. Der sexuelle Umgang sollte „friedlicher, kommunikativer, berechenbarer, rationaler verhandelbar, herrschaftsfreier“ geregelt werden (S. 8). Reale Missstände werden verstärkt benannt. „Es wird ständig über Sex gesprochen; aber vor allem im Kontext von Gewalt, Ausbeutung und Entwürdigung, also im Kontext von Angst, Empörung, von Schuld und Beschämung.“ Und „Dieser Diskurs hat dabei inzwischen alle Bereiche der Sexualität, Erotik, aber auch der Sinnlichkeit erreicht, nicht nur zwischen Männern und Frauen, also die Heterosexualität, sondern auch zwischen Eltern und Kindern (Inzest), Alten und Jungen (sexueller Missbrauch, Pädophilie), Frauen und Frauen und Kindern und Kindern ...“ (S. 9 f.). Eine Folge: „Die Tabuisierung aggressiver Dynamik der Sexualität erstickt Erotik und Leidenschaft“ und im Gewaltbegriff verschwinden frühere Differenzierungen, „... die man früher taktlos, behelligend, drängelnd, vulgär, plump, verwerflich, unziemlich, oder auch forsch, mutig, flirtend oder verführerisch nannte.“ (S. 99 f.).

Es gibt eine Fülle von Anklagen wegen sexuellen Übergriffen, deren Beweislage unklar ist, 2011 in allen Medien zu „Kachelmann“⁴⁷:

„Er habe den Glauben an die Deutsche Justiz verloren“, sagt Kachelmann und er meint, dass die Hälfte der deutschen Gefangenen aufgrund eines erpressten falschen Geständnisses in Haft sitzen, weil sie „mit allen möglichen Mitteln dazu gebracht“ werden, Geständnisse abzulegen. Schuld trage der per Gesetz geförderte „Deal“, die Absprache über Tatvorwürfe und Rechtsfolgen zwischen Angeklagten, Staatsanwälten und Richtern: „Der allorts übliche Deal ist eine staatlich sanktionierte Erpressung.“

Indem er mangels Beweisen freigesprochen wurde, beklagen dies wiederum seine früheren Freundinnen, die sich als Opfer und das Gericht als inkompetent sehen. Die Beweisführung ist immer schwierig, es kann keinen Rechtsstaat im Sinne einer Vermeidung von Unrecht geben, sondern nur im Sinne ehrlicher Versuche.

Unvermeidlich gibt es eine Fülle von versäumten und von falschen Anklagen. So gibt es allzu oft intern (z.B. bei Pädophilen in Kirchen, Kinderheimen usw.) durch Einschüchterungen und Verdrängungen unterdrückte Anklagen. Es gibt zu wenig Veränderungen von Strukturen. Einerseits laufen Täter frei herum, andererseits vernichten falsche Anklagen ganze Existenzen usw. Der wahre Unrechtsstaat ist dort, wo man Strukturen (frustrierte Priester, mangelnde Aufsicht usw.) weiterhin toleriert, obwohl man die Übergriffe in einer rundum freien Gesellschaft weitgehend vermeiden könnte. Der juristischen Befreiung müsste eine gesellschaftliche, und dieser eine emotionale Befreiung vorausgehen – was zeigt, dass man das Problem zwar sofort gezielt angehen sollte, aber auch dann wird es sich nur allmählich bereinigen.

⁴⁶ Gunter Schmidt: Sexuelle Verhältnisse – über das Verschwinden der Sexualmoral. Rororo Sachbuch 60234, 1998, (1996 im Ingrid Klein Verlag, Hamburg)

⁴⁷ Jost Müller-Neuhof: Noch nicht das letzte Wort – Er grollt und twittert: Jörg Kachelmann weint – und wütet gegen die Justiz, die ARD, Ex-Freundinnen, den früheren Anwalt. In: Tagesspiegel 9. 6. 2011

Willkür – geht es auch anders?

Eng miteinander verflochten sind Unrechtsstaat und Rechtsstaat in Ost wie West und auch sonst global, in Vergangenheit, Gegenwart und vermutlich Zukunft. Absurdes und Normales bestehen gewohnheitsmäßig eng nebeneinander. Manch einer merkt es, sobald er mal etwas mehr Rechtsstaat erlebt und die Willkür spürbar nachlässt. Im globalen Vergleich sieht die BRD gut aus. Hierzu ein Eindruck von Künstlern aus Israel⁴⁸:

Als Gabriel S. Moses 2004 zum ersten Mal nach Berlin kam, dachte er: „Wow! Das ist Mekka!“ Der 29-jährige Comiczeichner, Grafikdesigner und Autor aus Israel war verblüfft: „Du verlässt Dein Land, in dem ständig Busse in die Luft gesprengt werden, in dem jeder jeden bekämpft – und hier ist es so friedlich, jeder kann einfach so sein, wie er ist.“ Mary Ocher fühlt sich in Berlin total frei und schreibt einen Song über die regierende Elite in Israel: „They think they’re right / because they were born then / and they think that gives them / the right to be constantly wrong.“ Benyamin Reich fühlte sich in der Welt der Ultraorthodoxen eingesperrt. Nach langen Wegen hat er in der Kunst zu sich selbst gefunden und sich ein Israel erdacht dass es gar nicht gibt, bei einer heilen Welt voller Geborgenheit und Zusammenhalt.

Global haben wenige Betroffene eine Chance, aus ihrer Welt der Benachteiligung zu flüchten. Wenn viele Formen der Unterdrückung miteinander verflochten sind, wie 2011 bei den Revolutionen in den arabischen Ländern, dann werden Befreiungen zu oft von neuen Unterdrückungen abgelöst – deshalb wurde der wichtigste Platz in Kairo der „Platz der Veränderung“ genannt, mit dem erklärten Ziel einer Gesellschaft, welche die Menschen vereinigt, anstatt sie zu spalten⁴⁹. Wesentlich trägt das Internet dazu bei, Absurditäten von Willkür global sichtbar zu machen, insbesondere was die Unterdrückung der Frauen betrifft – es ist menschenunwürdig und überdies wirtschaftlich ein hoher Verlust für Bevölkerung und Staat⁵⁰:

Auf der Facebook Seite „Women2Drive“ wird zu einer Demo des Frauenfahrens in ganz Saudi-Arabien aufgerufen, und: „Wir wollen leben wie vollwertige Bürgerinnen – ohne die tägliche Demütigung, stets an einen Mann gekettet zu sein, der uns fährt.“ Viele haben mit staatlichen Stipendien im Ausland studiert, dürfen aber zu Hause nicht arbeiten, die weibliche Beschäftigungsquote liegt bei 16%. Ohne Zustimmung ihres männlichen Vormundes dürfen Frauen nicht reisen oder zum Arzt gehen. Auch haben sie kein Wahlrecht.

Im Vergleich dazu haben Frauen und Männer in Deutschland enorme Rechte. Restliches Unrecht gibt es immer. Zivilisation muss sich an der Kontrolle von immer neu erscheinenden Willkürphänomenen messen lassen. In einer ausgewogenen Konfrontation von Interessengruppen sollte sich ein „vernünftiges Gewohnheitsrecht“ herausbilden, das möglichst gut in Übereinstimmung mit den zugleich entwickelten Gesetzen ist.

Bei einem Bewerbungsgespräch darf keiner lügen, sonst gefährdet er seine Rechte. Ausnahme⁵¹:

Es gibt Ausnahmen, in denen ein Recht auf Lüge besteht, etwa wenn der Arbeitgeber nach einer Schwangerschaft der Bewerberin fragt: Wenn am künftigen

⁴⁸ Marlene Halser: Die neue Diaspora – Immer mehr junge israelische Künstler kommen nach Berlin. Hier können sie sagen, was zu Hause niemand hören will. Drei Portraits.

⁴⁹ Old Divides Threaten the Gains of Arab Uprisings. NYT/SZ, May 30, 2011, p. 1 and 4

⁵⁰ Martin gehlen/Kairo: Umbruch in der arabischen Welt. Vom zivilen Ungehorsam bis zum blutigen krieg. Der Zorn der Frauen – Saudi-Arabiens Bürgerinnen wollen sich nicht länger mit Diskriminierungen abfinden. In: Tagesspiegel, 25. 5. 2011, S. 7

⁵¹ Christoph Abeln: Ist Fälschen ein Kündigungsgrund? In: Tagesspiegel 29. 5. 2011

Arbeitsplatz keine gesundheitlichen Gefahren für die Schwangere oder ihr Kind besteht, darf sie in dieser Situation lügen. Unberechtigt sind außerdem Fragen zur sexuellen Ausrichtung, zum Glauben oder zur Parteizugehörigkeit einer Person. Der Arbeitnehmer darf die Frage falsch beantworten, oder die Antwort verweigern. Ansonsten können falsche Antworten ein Kündigungsgrund sein.

Ebenso grenzenlos wie hemmungslos verletzen wir Anstand und Gesetze im Umgang mit Tieren und Pflanzen. Schon ein gelungener Botanischer Garten lässt uns spüren, wie eine Gemeinschaft von Pflanzen, Tieren und Menschen rundum harmonisch sein kann. Ein weiteres Musterbeispiel ist „der Essbare Tiergarten“ in Bergl/Steiermark⁵²:

Der Tiergarten wurde eingerichtet von Josef Zotter. Die Tiere werden artgerecht gehalten, die produzierten Lebensmittel sind hochwertig – und angemessen teurer. „Iss die Hälfte und zahl das Doppelte“ so lautet die Formel von Josef Zotter für bessere Ernährung. In seinem Streichelzoo erläutert er: „Wir wollen das absurde Spiel umkehren, das man einerseits nicht wissen will, wie das Tier aus dem Supermarktfleischpackerl gelebt hat, und dass man andererseits Tiere, die man streichelt und denen es gut geht, nicht verspeisen möchte.“ Und „Wer ein gegrilltes Karree isst, sollte den Schweinen in die Augen sehen können.“

Kann man auf hohem Niveau niedriger Zumutung, so in Richtung Luxus-Frust, eine genüssliche Willkür konsumieren? Die Event-Agentur „Easy Abi“ hatte Abiturienten die Organisation ihrer Abiturfeier angeboten und das Geld veruntreut⁵³:

Warum nicht selbst organisieren? Antwort: „So etwas selbst zu organisieren ist viel zu aufwendig. Wir sitzen bis nachmittags in der Schule, wir haben Klausuren und müssen viel lernen. Und diese Agenturen bieten Komplettpakete an, mit Catering, Getränken, den Räumlichkeiten und einem DJ. Das hätten wir allein wahrscheinlich nicht so günstig hinbekommen. Es war schon anstrengend genug, mit der Agentur zu verhandeln. Unsere Abi-Fahrt nach Spanien haben wir auch von einer Agentur organisieren lassen.“ Wie viel Geld haben Sie verloren? „Über 12.000 Euro. 40 Euro kostete eine Karte für unseren Ball. Wir wollten in einem Festsaal in Mitte feiern.“

Wenn alles bestens ist, kann man es dennoch vermurksen. Am Rathaus Steglitz/Berlin brauchte ich eine Bestätigung, dass ich dort wohne. Ich sah, dass ein paar Leute bereits warteten, mit Nummern bis zum Aufruf. Aber als ich meine Nummer beim Empfang verlangte, bekam ich meine Bestätigung dort sofort, mit Computertechnik war es möglich, mich als in Steglitz Wohnenden sekundenschnell zu erkennen. Ein Jahr später war diese ideale Reaktion nicht mehr möglich: Ein Bürger, der nicht so etwas Einfaches brauchte wie ich, hatte sich lauthals beschwert, dass er warten musste, ein paar andere aber sofort dran kämen. Er meinte, er sei willkürlich benachteiligt worden. Die gute Verwaltungsverfügung wurde aufgehoben. Noch immer waren die Beamten freundlich und es ging recht schnell, aber ein Schaden war da. Wäre ich zuständig gewesen, so hätte ich die Verwaltungsverfügung nicht aufgehoben, und für den Randalierer nicht die Polizei, sondern die Medien gerufen – die blödsinnige Klage hätte sich rasch in Nichts aufgelöst.

Kalte Krieger hüben wie drüben

Jeglicher Versuch, die Auswirkung von Geheimdiensten wissenschaftlich zu untersuchen, würde einen hohen Aufwand eines Forschungsinstitute erfordern. Das veranschaulicht

⁵² Wolfgang Lechner: Süß und Saftig. Der essbare Tiergarten in der Steiermark hat die Lämmer und Kühe zum Streicheln auch auf der Speisekarte. In: DIE ZEIT: 26. mai 2011, S. 67

⁵³ Abzocke beim Abi-Ball – „Es gab auch kritische Stimmen“. In: Tagesspiegel, 16. 6. 2011, S. 2

allein schon die Frage: Was ist größer, der Nutzen oder der Schaden eines Geheimdienstes für sein eigenes Land? Geheimdienste schaffen viel Misstrauen, indem sie finden, was der politische Auftraggeber aus seinen Feindbildern heraus vermutet. So werden international Vertrauensbildende Maßnahmen, insbesondere Rüstungskontrolle, erschwert. Zugleich gibt es Bereiche, die eine gewisse Geheimhaltung nahe legen. So braucht man eine gewisse Abwehr von Industriespionage, und eine staatliche Organisation wie das Patentamt ist sicher nützlich. Auch Morde und sonstige Willkür in anderen Ländern gehen uns durchaus etwas an, sie können zu höchst gefährlichen Verwicklungen, bis hin zu Kriegen führen.

Verständlich ist jeweils die Erbitterung derjenigen, welche ein bestimmter Geheimdienst gar nicht leiden konnte und prompt besonders willkürlich behandelte. Wäre ich von der Stasi verfolgt und dann jahrelang gequält worden, wäre ich bestimmt erbittert. Ein Beispiel⁵⁴:

DDR Unrecht, gequälte Gefangene gab es in Orten wie Bautzen, Hohenschönhausen und Hoheneck. Beim Dunkelarrest in Hoheneck wurden Frauen mit immer neuem eiskalten Wasser völlig ausgekühlt. Der neue Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde, Roland Jahn, will alle früheren Stasi-Mitarbeiter aus dem Amt entfernen, um den Opfern die erneute Begegnung zu ersparen.

Da hat er ein wichtiges Argument, selbst für den Fall dass ein Opfer einem inzwischen geläuterten Täter begegnen würde. Mit ähnlichen Begegnungen wurden nach 1945 viele Opfer der Nazis konfrontiert – oft entschieden die früheren Täter über Anträge auf Wiedergutmachung. Es ist Verantwortung der Politik, solche bittere Willkür mit Sorgfalt zu vermeiden, auch wenn es gute Gründe gibt, den Tätern eine neue Chance in der Gesellschaft zu geben – die sollten sie an anderer Stelle finden, wo sie keinen Schaden anrichten können.

Es gibt Täter, die andere Menschen gequält haben, insbesondere mehr gequält haben, als „auf Befehl“ vorgesehen war. Es gibt andere Täter, welche große Gefahren heraufbeschworen haben. Worauf es ankommt, ist zu sehen, wie stark auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges die Kalten Krieger Willkür und Gefahren provoziert haben. Man soll sich nichts vormachen: In Ost und West gab es zunächst leichtfertigen Umgang mit der Gefahr des Atomkrieges. Nach einem Atomkrieg wären die Kalten Krieger die allein beachtenswerten Schurken gewesen, und zwar gleichermaßen in Ost und West. Es hätte das Unheil der Weltkriege in Raum, Grausamkeit und Zeit (wegen Langzeitwirkung der Radioaktivität) weit übertreffen können. Im Vergleich dazu ist alles, was bei Geheimdiensten, in Gefängnissen und Psychiatrie in Ost und West geschehen ist, zwar in jedem Einzelfall bitter, aber insgesamt vergleichsweise geringfügig.

Will man unbedingt bestrafen, müsste es gleichermaßen und ausgewogen geschehen. Nur der Typ eines Kalten Kriegers wird Worte wie Diktatur und Unrechtsstaat pauschal verwenden, sei es nun allein für die DDR oder die BRD. Gerade bei Einseitigkeit kann das an sich offensichtliche Unrecht in der DDR, und ähnliches in der BRD, nicht mehr objektiv betrachtet werden. Wenn also jetzt einige Wessis eine Deutungshoheit ausspielen, dann schafft das unauflösbare Fronten. Es erklärt Phänomene, wie die völlig unterschiedliche Einschätzung des Umgangs mit Tätern der Stasi in Brandenburg. Hier ist Augenmaß wichtig, das leider durch Deutungshoheit des Westens (und der erbitterten Opfer im Osten) systematisch erschwert wird.

Wen hatte die Stasi besonders auf dem Kieker? Es sind die wenigen offenen Feinde des Sozialismus und insbesondere die missionarischen Christen. Genau diese zu Racheengeln der Behörde für den Umgang mit der Stasi zu machen, ist ein vorsätzlicher

⁵⁴ Christina Stollmann: Das vergessene Verlies. In: Tagesspiegel 14. 6. 2011, S. 3

Fehler, welcher Unversöhnlichkeit schürt. Dabei sind Gauck, Birthler und Jahn alle vom Typ her nicht eigentlich Kalte Krieger, und sie bemühen sich um ihre eigene Art von Aufklärung. Umgekehrt bekam die Taskforce zur Verteidigung Stolpes in der Staatskanzlei in Potsdam den Spitznamen „AG Heiligschein“ und es „entstand ein Klima der Verklärung und Relativierung der zu DDR-Zeiten einfachsten Sachverhalte“⁵⁵.

Kompliziert wird die Aufarbeitung durch die zahlreichen, im besten Sinne demokratischen Sozialisten vor allem am Ende der Regierung von Ulbricht, welche versuchten, den Sozialismus zu erneuern und dabei Willkür und Gewalt zu minimieren – viele von Ihnen wurden von den Behörden als „offene Feinde des Sozialismus“ betrachtet und in Gefängnisse gebracht. Nur sinnvolle Aufklärung führt in Richtung von „Zu Wahrheiten vereint“.

Aus einer Diktatur, aus einem Unrechtsstaat heraus wäre die Wende innerhalb der DDR völlig unmöglich gewesen. Machthaber und Behörden verabscheuten die Proteste der Bürger in der DDR durchaus, umso beachtlicher ist ihr Verhalten: Es sind Qualitäten der Demokratie, Mitbestimmung, Menschenrechte, welche die Willkür von Gewalt in der DDR stark begrenzt haben und dem „Wir sind das Volk“ eine enorme Freiheit der Diskussion und des Wandels ermöglicht haben.

Globales Unrecht

Willkür, weit schlimmer als wir Deutsche es seit Ende des Unrechtsstaates der Nazis gewohnt sind, ist ein globales Phänomen. Die beklemmende Bitterkeit ist breit dokumentiert. Deshalb berichte ich hier nur ein Beispiel, um zu diskutieren, dass wir Ossis und Wessis eigentlich gemeinsame Herausforderungen haben, für die wir längst „zu Wahrheiten vereint“ sein sollten. Es relativiert so manche Erbitterung in unserem Land.

Aus Pakistan wird berichtet⁵⁶:

Mahik, 24, lebt in Pakistan. Mit 14 wurde sie einem zehn Jahre älteren Mann verheiratet, hat zwei Töchter, vielleicht von ihrem Schwiegervater, der sie vergewaltigt. Ihr Mann kam nur selten, dann stellt ich heraus, er hat schon eine andere Frau und Kinder. Mahik kommt notgedrungen zurück in ihre Familie, sie muss als Prostituierte arbeiten, Geld für Eltern und Brüder abliefern, sie wird immer mehr krank. Häusliche Gewalt ist üblich in Pakistan. Als Christin hat sie keine Chance, erneut zu heiraten, sie wird lebenslang verachtet bleiben. Am Sonntag geht die verarmte Familie in die Kirche, nur Mahik sitzt allein und verachtet in den hinteren Bankreihen. In Gebeten bittet Mahik Gott um Vergebung, aber sie zweifelt, dass Gott sie hört.

Lokales Unrecht

Es gab und gibt vor allem im Osten eine Unmenge von verlorenen Jobs, von verringerter Lebensqualität, von geringen Hoffnungen und Aussichten auf Verbesserung. Hierzu haben Zeitzeugen viel zu berichten. Daher muss es an dieser Stelle nicht wiederholt werden.

Politisch brisant ist unerträgliche, zukünftige Willkür, die jetzt erzeugt wird und vermeidbar wäre. Sie ist deutlich erkennbar⁵⁷:

⁵⁵ Günter Nooke: Klima der Verklärung. Eine Erinnerung aus aktuellem Anlass: Manfred Stolpe und die Stasi. In: Tagesspiegel 17. 6. 2011, Meinungsseite

⁵⁶ Christine Möllhoff, Lahore: Es ist eine Schande. In: Tagesspiegel 17. 6. 2011, S. 3

⁵⁷ Dorit Kowitz: Generation Armut. In: DIE ZEIT 19. Mai 2011, S. 33

„Vielen Ostdeutschen droht nach jahrelanger Arbeitslosigkeit nur eine kümmerliche Rente – aber auch im Westen wächst die Zahl der bedürftigen Ruheständler.“ Sehr viele „Jobs“ sind schlecht bezahlt und „Ein Jahr Arbeit auf 400-Euro-Basis bringe 3,22 Euro Rente.“ Für ein fleißig zur Gesellschaft beitragendes Ehepaar aus Chemnitz wird berichtet, beide Ehepartner „tun viel dafür, dass man ihnen nichts anmerkt. Alles in ihrem Leben hat seine Ordnung, die Wohnung, der Tagesablauf, die Kleidung. Aber sie abonnieren nie eine Zeitung, sie gehen nie essen, nie Kaffee trinken, nie ins Kino, nie in eine Ausstellung, sie fahren seit 19 Jahren nie in Urlaub. Sie kaufen immer das Günstigste.“ Alles, was kaputt geht, wird zum Problem, ebenso „ob sie den Strom zahlen können, die Wärme, das Wasser.“

Politiker ändern die Sachlage nicht. Dabei sind die Tatsachen offiziell bekannt und eigentlich peinlich genug⁵⁸:

Der in Genf tagende UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat nach 2001 nun zum zweiten Mal die BRD darauf gedrängt „sofortige Schritte zu unternehmen, um die Situation älterer Menschen in Pflegeheimen zu verbessern.“ Der von 160 Staaten ratifizierte UN-Sozialpakt wird von der BRD mehrfach verletzt. So erscheinen etwa ein Viertel der Kinder zum Unterricht, ohne vorher gefrühstückt zu haben.

Wie könnte man Politiker und Manager von Institutionen in Richtung Verantwortung bewegen? Was fehlt, sind Regelungen der Art:

- Höchstlohn: Niemand in einer Firma, einer Behörde usw. darf (mitsamt Boni, Spesen, Firmenwagen usw.) mehr als das Fünffache des Minimallohnes verdienen. Da würde der Minimallohn rasch festgelegt und bald steigen. Die Universitäten würden zumindest vorübergehend eine Menge Geld bei den C4 Professoren sparen. Derzeit haben einige Manager der Dax Firmen das Tausendfache, nämlich zehn Millionen Euro jährlich.
- Höchstrente: Kein Rentner, kein Pensionär darf mehr erhalten, als das Fünffache desjenigen, der auf Minimallohn war.

Es würde sich rasch vieles verbessern. Beispiel: Die studierten Praktikanten würden mindestens einen halbwegs brauchbaren Mindestlohn erhalten.

Umarmen statt Zurücktreten

Es ist eine Frage des historisch geschulten Bewusstseins, die Misere der Willkür grundlegend zu überwinden. Wegweisend kann für uns Stéphane Hessel sein, vor 1945 in Frankreich in der Résistance, 1948 ein Vorbereiter und Mitunterzeichner der Charta der Menschenrechte. 2010, im Alter von 93 Jahren, erneuert er einen Appell, der aus der bitteren Erfahrung des II. Weltkrieges heraus visionäre Gestalt angenommen hatte: „Empört Euch!“⁵⁹:

„1945, als das grauenhafte Drama beendet war, setzten die im Nationalen Widerstandsrat vereinigten Kräfte eine Erneuerung ohnegleichen ins Werk. Damals wurde das System der sozialen Sicherheit geschaffen, wie es die Résistance in ihrem Programm vorgestellt hatte: ‚Ein vollständiger Plan sozialer Sicherheit mit dem Ziel, allen Bürgern, denen dies nicht durch eigene Arbeit möglich ist, die Existenzgrundlage zu gewährleisten‘; ‚ein Ruhestand, der den Arbeitnehmern ein

⁵⁸ Sven Loerzer: „Es gibt schwere Misshandlungen“. In: SZ 26. 5. 2011

⁵⁹ Stéphane Hessel: Empört Euch! Ullstein, 2011, 30 S.

Alter in Würde gestattet.' Die Energieversorgung, Strom und Gas, der Kohlebergbau, die Großbanken sollten verstaatlicht werden.“ (S. 8).

Und: „Man wagt uns zu sagen, der Staat können die Kosten dieser sozialen Errungenschaften nicht mehr tragen. Aber wie kann heute das Geld dafür fehlen, da doch der Wohlstand so viel größer ist als zur Zeit der Befreiung, als Europa in Trümmern lag? Doch nur deshalb, weil die Macht des Geldes – die so sehr von der Résistance bekämpft wurde – niemals so groß, so anmaßend, so egoistisch war wie heute, mit Lobbyisten bis in die höchsten Ränge des Staates. In vielen Schaltstellen der wieder privatisierten geldinstitute sitzen Bonibanker und Gewinnmaximierer, die sich keinen Deut ums Gemeinwohl scheren. Noch nie war der Abstand zwischen den Ärmsten und den Reichsten so groß. Noch nie war der Tanz um das goldene Kalb – Geld, Konkurrenz – so entfesselt.“ (S. 9).

Ein Exponent bei den Kritikern des Kapitalismus war jahrzehntelang Jürgen Habermas. Konkret erhofft er für Europa eine stärkere Ausrichtung an sozialer Gerechtigkeit⁶⁰:

Der Philosoph verteidigt den Nationalstaat – in dessen aufgeklärter Form. Er erwartet, dass die Europäische Union gewährleistet, was das Grundgesetz der Bundesrepublik die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ nennt. Dies soll mit einer europaweiten Verteilungsgerechtigkeit einhergehen, jedoch ohne Einebnung kultureller Unterschiede. Er sieht die Rolle der Nationalstaaten als Hüter des „unvergleichlichen kulturellen Reichtums des Biotops ‚Alteuropa.‘“ Er sieht im Fortbestehen der Staaten als konstituierendem Element der EU die Möglichkeit „zum Konflikt zwischen den Interessen der Bürger innerhalb des Nationalstaates und der Interessenverallgemeinerung in ihrer Rolle als Unionsbürger“ angelegt.

Gerechtigkeit als Voraussetzung für Konsens, Konsens als Voraussetzung für Gerechtigkeit – die Überwindung der globalen Willkür erlaubt kein Abwarten, sondern erfordert einen ebenso ethischen wie pragmatischen Einsatz, ohne irrationale, verblende Glaube zuversicht oder Ideologiewillkür.

Was ist machbar?

Wie können Ossis und Wessis zu einer wünschenswerten Zukunft beitragen? Die Überwindung von Willkür beginnt mit der Befreiung von Ideologie und Fundamentalismus. Ein erster Schritt ist, immer neu, sich keinen Illusionen hingeben, hier nur drei Beispiele:

- Die offiziell als Ziel erklärten 0,7 Prozent vom Staatshaushalt der BRD für Entwicklungshilfe seien zu wenig, meinte ich, denn wir sind ein reiches Land. Dann rechnete ich nach, was trug ich selber bei? Peinlich: Meine Spenden summierten sich gerade mal zu etwa ebensolchen 0,7 Prozent. Man muss wach beobachten und sich immer neu motivieren.
- Interessengruppen der Wirtschaftsordnung und eine wuchernde Verwaltung bewahren den Status quo. Der Anteil der wertschöpfungslosen und haftungsfreien Gehälter wächst⁶¹ und steigert Tendenzen in Richtung Ruin. Das ruiniert z. B. dezentral eigentlich lebensfähige Strukturen dauerhaft. Infrastruktur wie Wasser, Abwasser, Finanzen, Verkehr usw. muss vor ausufernder Privatisierung bewahrt und politisch wach kontrolliert werden.

⁶⁰ Jürgen Habermas im Vortrag: „Krise der europäischen Union im Lichte einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts“ am 17. 6. 2011, Humboldt Universität, zitiert nach Bernhard Schulz: Demokratie, wo bist Du? In: Tagesspiegel 18. 6. 2011, S. 27

⁶¹ Hinweis von Leo Sonntag

- Echte Religiosität kann und könnte sehr viel bewegen. Das Christentum richtet mit real existierenden Willkür oft weit mehr Schaden bei den Gesellschaftsstrukturen an, als es Nutzen bringt. Für „Moralisten“ die es ändern könnten, aber eher nicht tun, wie z. B. den Papst Benedikt XVI und Margot Käßmann, gibt es trotzdem noch Beifall, vor allem von jenen, welche ihre eigene Verantwortung verdrängen, delegieren wollen. Menschenrechte mussten historisch in der Regel gegen die großen Religionen durchgesetzt werden, bestenfalls wurden Religionen an Menschenrechte ihrer Gesellschaft angepasst. Es gibt ein Basischristentum, das sich bemüht Gutes zu tun und Fundamentalismus ablehnt, während es jedoch immer noch dem wortgetreuen Glauben und seiner Willkür anhängt. Dies ist quasi eine Übergangsform in Richtung Zukunft.

Fazit in Richtung vereinte Osis und Wessis

Weder der Besser-Wessi, noch der Opfer-Ossi führen uns weiter. Zu Wahrheiten vereint werden wir erst durch gemeinsames Verständnis und ehrliche Versöhnung. Beste Voraussetzung sind Richtigstellungen wie:

- Anzeichen für Unrechtsstaat gab und gibt es in der BRD, gab es ebenso in der DDR reichlich. Im globalen Vergleich überwiegt in Deutschland deutlich der Rechtsstaat.
- Soweit man sich überhaupt mit Tätern der Vergangenheit und Gegenwart befassen will, sollte man sich die Kalten Krieger, die gesamten Geheimdienste, die Neonazis usw. vornehmen, die in Ost wie West Unheil anrichten und große Gefahren heraufbeschwören können. Selektive Fokussierungen wie auf die Stasi sind im Ansatz einseitig. Sie verhindern jegliche Vereinigung.
- Diktatur bezeichnet Gewalt und Willkür. Das Ausmaß ist global und historisch völlig unterschiedlich. „Diktatur“ als bewusst pauschalisierende Bezeichnung, sowohl für Nazi-Regime als auch DDR zugleich ist grob irreführend. Es ist ein Missbrauch einer angemessenen Deutungshoheit. Russland mag entscheiden, wie es Hitler und Stalin vergleicht. Für uns gilt: Die Mauer-Toten und Stasi-Opfer sind ein vergleichsweise geringes, überschaubares Unheil im Vergleich zum letzten Weltkrieg und ebenso zum nach wie vor drohenden Atomkrieg bzw. den zu erwartenden Toten im Rahmen von einigen der sich abzeichnenden Klimakatastrophen. Es kommt darauf an, die wichtigsten zukünftigen Gefahren wirksam einzudämmen, anstatt sich ideologisch mit längst vergangenem Unheil zu befassen.

Wir alle sind als potenzielle Täter der Gegenwart und Zukunft interessant. Erkennbare Entwicklungen sind bedrohlich, so Klimaveränderungen, Atomkrieg, Epidemien, Finanzinstabilität. Wir alle erschauern bei vielem, was wir anrichten können. Die Gefahren zu vermeiden wird uns gelingen, sobald wir „zu Wahrheiten vereint“ aktiv werden. Technisch sind blühende Landschaften kein Problem. Jenseits aller Gefahren können wir soziale und ökologische Paradiese gestalten.